

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906

31 (27.1.1906) Badischer Landtag. 15. öffentliche Sitzung der Zweiten
Kammer

Karlsruher Zeitung.

N. 31.

Samstag, 27. Januar

1906.

Badischer Landtag.

15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag den 26. Januar 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann
Beantwortung der Interpellation der Abgg. Wechtold und
Gen., die Fleischsteuerung betr. — Druckfache Nr. 21 —.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr.
Schenk, Geh. Oberregierungsrat Nebe und Ober-
regierungsrat Hafner.

Präsident Dr. Wilkens eröffnet die Sitzung um
9 Uhr 35 Min.

Es werden folgende Eingänge verlesen:

1. Bitte des Vereins der Werkstätte- und Magazin-
schreiber um Verbesserung der dienstlichen und der Ein-
kommensverhältnisse;

2. Schreiben des Stadtrats Karlsruhe mit 66 für die
Herren Abgeordneten bestimmten Stadtgartenfreikarten;

3. Schreiben der Direktion der Groß. Sammlung für
Altertums- und Völkerkunde mit 12 Exemplaren einer
Publikation: „Ueber Museen und über die Groß.
Staatsammlungen für Altertums- und Völkerkunde in
Karlsruhe. Zwei Vorträge, gehalten in den Sitzungen
des Karlsruher Altertumsvereins von Geh. Rat E. Wag-
ner.“

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Petition
(Ziffer 1) der Budgetkommission überwiesen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Das Wort erhält zunächst zur Begründung der Inter-
pellation

Abg. Ged.: Nach den Tagen parteipolitischer Aus-
einandersetzungen kommen wir heute auf das Gebiet der
Sozialpolitik zurück, um uns mit einem Thema zu be-
schäftigen, das uns Stoff gibt, Betrachtungen anzustellen
über die schwere Notlage, die infolge der Verteuerung
der notwendigsten Lebensmittel in vielen Volkskreisen
herrscht. In den Reichstag, wie auch in bundesstaat-
liche Parlamente ist der Ruf des Volkes nach einer Abän-
derung dieses kaum mehr erträglichen Zustandes bereits
gedrungen, und meine Parteigenossen haben es für not-
wendig gehalten, auch den badischen Landtag aufzufor-
dern, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und von der
Groß. Regierung die Mitteilung zu verlangen, wie sie

darüber denkt, und welche Mittel zur Abwehr des Not-
standes sie zu ergreifen beabsichtigt.

Ueber die Frage, ob eine Fleischnot herrscht
oder nicht, wird sich wohl kein Streit erheben, da
mit geringen Ausnahmen diese Frage überall bejaht
wird. Nur da und dort, selbst an denjenigen hohen Stel-
len des Reiches, die um den Landwirtschaftsminister Pod-
bielski sich gruppieren, ist diese Notlage bestritten, und
zwar bestritten als eine Folge der gesetzgeberischen Maß-
regeln.

Eine andere Frage aber ist es, wie man die ökonomi-
sche Seite beurteilt, d. h. ob diese Fleischsteuerung
außergewöhnlicher Art im Interesse eines Teils der Be-
völkerung liegt, und ob diejenigen Teile der Bevölkerung,
die sich dadurch benachteiligt fühlen, ein Recht haben, sich
gegen diese Steuerung — die wir als eine unberechtigte
Ausbeute betrachten — zu wehren? Also hier die Seh-
sucht nach den Fleischtöpfen Ägyptens und dort die Zu-
friedenheit des Pharao mit der ökonomischen Lage seiner
Umgebung. Daß Deutschland das Land des teuersten
Brotens ist, wird unbestritten sein. Die Frage, ob Deutsch-
land nun auch den zweifelhaften Ruhm genießt, das Reich
des teuersten Fleisches zu werden, und der arbeitenden
Bevölkerung umerlöschliche Lasten in der Erwerbung
dieses Genußmittels aufzulegen, wird nun auch bald reif
sein, mit dem abscheulichen „Ja“ beantwortet zu werden.

Die Steuerung setzte bereits schon im Anfang des Jah-
res 1905 mächtig ein. Wenn auch die Fleischpreissteige-
rung bei dem Rindvieh nicht in sehr erheblicher Propor-
tion eingetreten ist, so ist es vor allen Dingen die Ver-
teuerung des Schweinefleischpreises, die hier in Betracht
kommt, also einer Fleischart, welche der minderbemittelten
Klasse der deutschen Bevölkerung als wesentliches Ernäh-
rungsmittel dient, weil diese Bevölkerungsschicht in der
Hauptfache ihren Genuß auf Wurst, Schmalz und die-
jenigen Verbrauchsgegenstände im Familienhaushalt len-
ken muß, die ihnen unentbehrlich scheinen zur Erhaltung
der Lebenskraft und Lebensenergie. Wir haben den Ber-
liner Markt im Anfang des Jahres 1905 mit einer Stei-
gerung der Schweinefleischpreise gegenüber
dem Jahre 1904 von 47,42 M. auf 61,03 M. als
Durchschnittspreis für den Doppelzentner notiert. Die
Denkschrift konstatiert das, sie erklärt aber auch gleich-
zeitig, daß die Steigerung des Preises für die Kinder
eine nach der Tendenz in die Höhe gehende sei. Nun,
diese Denkschrift des Landwirtschaftsrates ist ja dem
preussischen Landwirtschaftsminister als eine sehr will-
kommene Urkunde in den Garten gefallen, und er hat sich

mit Leichtigkeit auf eine Kategorie von Sachverständigen berufen können, die zwar von uns als solche nicht anerkannt werden, die aber ein Interesse daran haben, daß das, was geschieht, mit dem Stempel der gesetzlichen Sanktion versehen werden soll.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat neben dem bekannten Ausspruch, daß eine Fleischnot nicht existiere, die prophetische Aussage gemacht — es war am 11. August des vorigen Jahres —, daß dieser Zustand der erheblichen Erhöhung des Fleischpreises ein rasch vorübergehender sei und seine Zeitdauer auf nur 6—8 Wochen geschätzt werden könne; dann könne das Volk wieder leicht und frei aufatmen. Daß er sich verrechnet hat, hat die Erfahrung gelehrt, und wenn wir heute hören, daß da und dort die Reduktion des Fleischpreises einzutreten beginnt, so ist das nicht allgemein der Fall, und die Reduktion tritt nicht in dem Maße ein, daß damit eine anerkennenswerte Erleichterung eintritt, sondern sie mag damit im Zusammenhang stehen, daß wir uns in der gegenwärtigen Winterszeit in einer Periode befinden, wo die Futtermittel geringer werden, wo die Speicher allmählich eine gähnende Leere aufweisen und die Landwirte genötigt sind, sich auf den geringsten Viehstand zu beschränken und, weil die Zinszahlung Ende des Jahres drängt, oft dazu schreiten müssen, sich des Viehs so zu entledigen, daß sie wohl zeitweise selbst kein Vieh im Stall haben.

Dieses Bild, das uns die preussische Denkschrift gibt, ist ein sehr bizarres. Es sind in derselben derartige Behauptungen aufgestellt zur Begründung der Fleischsteuerung und des Anwachsens der Fleischpreise, daß hier der Reichspolitiker und der Reichsfinanzwirtschaft kein Vorwurf gemacht werden kann, aber auf der anderen Seite treten auch Widersprüche in großer Masse auf, die das widerlegen, was vorher mit apodiktischer Sicherheit behauptet worden ist. Ich kann darauf nicht eingehen. Ich setze voraus, meine Herren, daß Sie in Ihrer großen Mehrzahl sich mit dieser Schrift beschäftigt haben. Sie kann uns hier nur in ihrem wesentlichen Teil angehen. Ich will aber doch auf das Eine aufmerksam machen, daß in einem Atemzug behauptet wird, das Manko an Zahl der Schlachtviehstücke, das nicht bestritten wird, ersehe sich wieder durch die Verbesserung des Viehs, durch das erhöhte Material, durch die Gewichtszunahme, während auf der anderen Seite durch Umschau in den Schlachthäusern der großen Städte festgestellt wird, daß der Rückgang an Schlachtgewicht auf 2—4 Prozent festgelegt werden kann.

Als man die Idee geltend machte, daß zur Abhilfe dieses Rückgangs an Fleisch die Städte dazu kommen sollten, eigene Viehzüchtereien, insbesondere Schweinezüchtereien, einzurichten, da wurde von oben herunter abgewunken. Man hat erklärt: „Laßt das bleiben, helft euch nicht selbst, denn hier wird über kurz oder lang ja doch wieder eine Besserung eintreten.“ Die Agrarier — also die maßgebende Klasse in Deutschland — erklären: „Keine Fleischnot, sondern nur eine Fleischsteuerung!“ und in der Stille ihres Herzens setzen sie dazu: eine uns selbstverständlich willkommenere Fleischsteuerung. Sie wälzen die Verantwortung von sich ab; sie, die die Klinke der Gesetzgebung in Deutschland in der Hand haben, klopfen nicht an ihre Brust, um pater peccavi zu sagen, sondern sie weisen mit Fingern hinaus auf die Schuldigen, und zwar in erster Reihe auf den Zwischenhändler, und sie sind in der Anschuldigung so weit gegangen, daß sie, die die Mittelpolitik sonst vertreten — nicht nur die Agrarier, sondern auch die mit ihnen verwandten Berufsgenossen des Reichstages —, gegen diesen Zwischenhandel gekämpft haben, ihn zu eliminieren trachten, und damit überhaupt die Politik der Mittelstandsrettung aufgegeben haben. Es handelt sich ja in erster Reihe um jüdische

Zwischenhändler, es sind aber auch sehr viele christliche dabei, und mein Reichstagskollege Scheidemann hat in der Begründung der Interpellation im Reichstag mit Recht darauf hingewiesen, daß, wenn man dieses Kapitel der Denkschrift so richtig erfäßt, es nennen kann, das Hohelied der Gewerkschaften und Konsumvereine. Denn die Ausschaltung dieses Zwischenhandels, übertragen schließlich auf das ganze gewerbliche Gebiet, bedeutet weiter nichts, als in der heutigen Gesellschaft wiederum ein Glied eliminieren, die Konzentration der Betriebe, die Sozialisierung der Gesellschaft herbeiführen, mit andern Worten, der Arbeiterschaft das Recht einräumen, gegenüber dem gewerblichen Mittelstand das Konsumvereinswesen, das Gewerkschaftswesen einzuführen. Die Arbeiterschaft, die bekämpft wird, die sogar mit den Mitteln der Gesetzgebung — wie Sie wissen in Sachsen mit Hilfe sämtlicher bürgerlichen Parteien — bekämpft wird, hat vollständig das Recht, darauf hinzuweisen, daß hier, wo der Zwischenhandel im Wege ist, sofort der eiserne Beisen angewendet wird, um die hinauszuweisen, die sonst als agrarische Schützlinge betrachtet werden. Aber die Definition des Zwischenhandels als Parasitentum rührt nicht aus sozialdemokratischer Feder, sondern ist eine Diktation der Agrarier. Auch die Weggermeister, die doch auch zum Mittelstand gehören, tragen Schuld an der Verteuerung des Fleisches, behauptet die Denkschrift, und behaupten ihre Interpretatoren; ihnen wirft man die Dypulenz vor, mit der heute die Schlächtereien eingerichtet seien, verweist auf die Marmorische und daß alles so blick und blank und sauber hergerichtet sei. Statt sich darüber zu freuen, daß mit Hilfe unserer hygienischen Güter endlich einmal Ordnung und Reinlichkeit in dies Gewerbe hineingetragen wird, ärgern sich die Mittelstandsretter darüber. Auch ärgern sie sich, daß die Schlachthäuser so bequem eingerichtet worden sind und sagen: „Wozu denn das? Seht Arbeiter, seht, das sind die Krogen! Seht einmal hin, seht diese maschinellen Einrichtungen an; würden sie den Betrieb einfacher einrichten, dann hättet Ihr besseres und billigeres und gesünderes Fleisch!“

Dann der Haupteinwand der Fleischsteuerung, d. h. die Behauptung, daß es unmöglich sei, eine Erhöhung der Fleischzufuhr zu bewirken, weil die Seuchengefahr die dräuendste aller Gefahren sei. Hierin haben die Agrarier das willige Ohr der verschiedenen Seiten des Reichstags gefunden und werden es auch hier finden. Denken Sie an jene schöne Karte — die Herren Reichstagskollegen werden sie ja in ihrem Besitz haben —, die uns das Reichsgesundheitsamt zugestellt hat, worauf ein zweites chinesisches Reich, mit einer roten Grenzmauer umgeben, gezeichnet ist. Dies ist die Schutzmauer gegen die Einführung von Vieh aus allen angrenzenden Ländern. Nur eine einzige Bresche hat man gelassen, nach Rußland hin, in Oberschlesien, die aber nur zeitweise und auch nur mit allerhöchster obrigkeitlicher Genehmigung eine Anzahl Vorstientiere durchläßt, und das auch jedenfalls nur, weil drüben im Osten ein ganz besonders guter Freund von uns wohnt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nach Frankreich, nach Holland also hermetisch abgeschlossen, nach Oesterreich-Ungarn durch ein Bollwerk verammelt, mit der Begründung, daß die Rinder- und Klauenseuche nicht hereingeschleppt werden kann! Und doch war man in den letzten zwei Jahren mit der Maul- und Klauenseuche in Deutschland in einer ganz unangenehmen Situation. Es zeigte sich nämlich, daß, je näher man den Grenzen kam, desto geringer der Infektionsbestand des Viehes war, daß die Hauptinfektionsherde mitten in Deutschland lagen, von Thüringen bis hinein nach Hessen und in das badische Land. Allein diese Statistik sagt etwas anderes und gegen sie konnte auch im Reichstag nichts vorgebracht werden. Man hat auch nachgewiesen,

daß das Ausland nicht den Anlaß gab, als Infektionsherd verschrien zu werden. Wir lesen da in der Statistik — insbesondere die deutsche Fleischergesellschaft ist da ebenso auf der einen Seite interessiert, wie auf der andern Seite die Zunker —, daß in Frankreich im Dezember 1904 vier Fälle vorgekommen sind, im März 1905 ein Fall nachgewiesen worden ist, im September 1904 in 16 französischen Departements 51 Fälle konstatiert wurden, im Jahre 1905 in 13 Departements 16 Fälle. Ich hebe insbesondere auf unser westliches Grenzgebiet ab, weil ich da die Anschauung habe und der Regierung den Wunsch unterbreiten möchte, dahin mitzuwirken, aus Frankreich die Zufuhr eines Kontingentes Schweine zu ermöglichen. Wir sind ja nicht Grenzler; allein ich kann Ihnen doch die Tatsache gleich mitteilen, daß wir uns hier in großer Einverständnis mit unseren Elsaß-Lothringern befinden, und daß der Unterelbsässische Kreistag noch vor wenigen Wochen mit überwiegender Mehrheit beschlossen hat — ich glaube, es waren nur 4 oder 5 Stimmen dagegen —, dahin zu wirken, daß die Schweineinfuhr aus Frankreich nach Elsaß-Lothringen geleitet wird. Können wir uns hier freundschaftlich vereinen, und in dieser Vereinigung mit dem Sturmblock kräftiger gegen die chinesische Grenzmauer vortreten, dann wird es vielleicht den vereinten Kräften gelingen, dort eine Bresche zu schlagen. Ich möchte wünschen, daß die Groß. Regierung damit einverstanden ist, daß dies geschehen kann. Deutschland hatte im Jahre 1904 auf 36 000 Gehöften den Notlauf aufzuweisen, im Jahre 1904 ist die Schweinefuhre in 17 289 Fällen festgestellt worden.

Es erscheint wohl als das einfachste, daß wir auch eine Anleihe in Holland machen; in Holland, das nahezu seuchenfrei ist und insbesondere für uns in Südwestdeutschland in Betracht käme. Da haben aber die Agrarier in ihrer Denkschrift gesagt: „Ja, das geht nicht, Ihr kriegt überhaupt kein Vieh herein; denn selbst, wenn die Grenzen geöffnet sind, können sie es nicht; die Holländer sind bei sich selbst genügend engagiert, bzw. Holland liefert nach England, es bildet gewissermaßen die Nährmutter Albions.“

Während England sonst von agrarischer Seite in Deutschland gehaßt wird, fast bis zum Bekriegen, gehen hier die Agrarier soweit, daß sie selbst den Engländern den Genuß des schönen holländischen Fleisches gönnen, statt zu sagen: „Warte nur, Albion, wir öffnen Dir zum Leid die Grenzen Hollands, damit die breitgestirnten, frummgehörnten Kinder herein zu uns nach Deutschland spazieren.“

Es heißt in der Denkschrift: „Von einer weiteren Öffnung der Grenzen ist eine bessere Fleischversorgung Deutschlands und ein Heruntergehen der Fleischpreise nicht zu erwarten.“ Die Folge davon ist eine unerhörte Verteuerung der Nahrungsmittel bei uns, im Vergleich zum Ausland, z. B. in Holland und Amerika. Im Jahre 1905 hat man in Rotterdam 79 M. für den Doppelzentner Schweinefleisch bezahlt, in Chicago (Amerika) 49 M.

Bei uns wirken zu der Verteuerung des Fleisches außer der systematischen Absperrung der Grenzen vor allem mit: die lexatorischen Handhabungen der Fleischbeschau, die hohen Untersuchungskosten, die damit verbunden sind, und die nahezu zur Unmöglichkeit gewordene Zufuhr lebenden Viehes, Verbote direkter Einfuhr und Erschwerung der Durchfuhr und Einfuhr.

Wer kann nun hier helfen und wer soll nun hier helfen? Appelliert man an den Reichskanzler, so sagt derselbe: „Wir haben die Befugnis nicht, hier helfend eingzugreifen; das sollen die Bundesstaaten abmachen, denen die Gesetzgebung die Macht dazu verleiht.“ Appelliert man an die Bundesstaaten, so sagen sie: „Quod non!“ Wozu ist aber die kaiserliche Verordnung vom 14. Juli

1889 da, welche in ihrem § 1 ein Verbot der Schweineinfuhr aus Ausland ausspricht, in § 2 aber in eleganter Liebeshüchlichkeit gegenüber unserm Freund im Osten erklärt: „Der Reichskanzler ist für Zulassung von Ausnahmen jederzeit berechtigt.“ Ich habe Ihnen bereits erklärt, daß auch ein kleiner Durchschluß in die chinesische Mauer im Osten gemacht worden ist. Wer ist nun derjenige, der helfen kann? Bei der Interpellation im Reichstage hat sich der Reichskanzler bzw. dessen Stellvertreter wiederum begnügt, zu erklären: „Seht doch hinaus in Eure Bundesstaaten und versucht es dort.“ Dasselbe Spiel, wie wir es bei der Verhandlung über die Arbeitskammern hier in diesem Hause bereits erörtert haben.

Daß es mit der Gefahr nicht so streng zu nehmen ist, zeigt uns ein Vorkommnis, das im Jahre 1904 oder 1905 passierte, als die Erfindung der Gefährlichkeit des gepökelten Fleisches, namentlich des amerikanischen Fleisches, aufgetaucht ist. Die erfinderischen Agrarier haben in dem Pöckelfleisch plötzlich etwas Gesundheitsgefährliches entdeckt. Es ging ihnen dabei, wie jenem Engländer, der zum erstenmal nach Deutschland kam und ein rotes Haar in der Suppe fand. Da schrieb er einen Bericht: „In Deutschland haben die Köchinnen alle rote Haare.“ (Geiterkeit.) So ist es mit dem Pöckelfleisch gegangen. Im November 1904 ertönte der agrarische Ruf: „Der Pöckelzunge muß ein Ende gemacht werden; sie ist volksgefährlich, gesundheitschädlich im höchsten Grade.“ Das Reichsgesundheitsamt ist darauf eingegangen. Die Regierung entgegnete gelassen: „Wir können diese Handelsbeziehungen nicht so rasch abbrechen; wir machen von unserer Befugnis erst Gebrauch am 1. April des Jahres 1905.“ So verspeisten wir noch ein halbes Jahr hindurch Pöckelzungen, die bekanntlich als Nahrung für unsere Marine, für unsere Schiffsmannschaft verwendet werden, weil sie für überseeische Reisen sehr günstig sind. Nicht ein einziger deutscher Soldat ist dabei erkrankt. Am 1. April 1905 ist dann diesen Pöckelzungen durch einen Federstrich der Eingang nach Deutschland verwehrt worden.

Doch, meine Herren, wozu aufwarten mit trockenen Zahlen aus statistischen Mitteilungen? Es dringt ein vernünftiger Ruf warnend an unser Ohr. Seit Monaten wissen wir, daß Millionen Arbeiter im Deutschen Reich, daß so und sovieler Tausende Eisenbahn- und Postbeamte, daß die Inassen der deutschen Bureauz und die ganze Mittelstandsklasse in den harmonisch erklingenden Ruf ausgebrochen ist: „Wir können nicht mehr erschwimmen! So kann's nicht mehr fortgehen.“ Im Hohen Hause, das nun kaum anderthalb Monate beisammen ist, liegen zahlreiche Petitionen bereit, in denen immer und immer wieder der Grundton lautet: „Gebt uns höheren Gehalt, gebt uns eine bessere Existenz; das Fleisch ist teurer geworden, wir können mit all den verteuerten Lebensmitteln nicht mehr in unserem Haushalt weiterkommen!“ Der Notschrei ist sogar in unsern Etat hereingedrungen. Das Kultusministerium hat uns ja für die Universität Heidelberg schwarz auf weiß eine kleine Rechnung unterbreitet, zur Beurteilung, wie seit kurzer Zeit allein bei dem dortigen Budget durch die Verteuerung der Lebensmittel und insbesondere der Fleischnahrung ein hoher Kostenzuwachs entstanden ist. Meine Herren! Fischmärkte sind entstanden in den Städten. Die Bevölkerung der Ost- und Nordseegewässer wird herbeigezogen, um bis zu uns im Süden die Fleischkost durch die Fischnahrung zu ersetzen. Wir wissen aus der Statistik, daß die Zahl der Schlachtungen von Hunden und Ziegen zugenommen hat; soweit dieselben der Fleischbeschau unterworfen werden, haben wir eine statistische Handhabe dafür. Aber die meisten Hunde verschwinden nächstlicherweile in derselben Weise wie die Dachhase zu verschwinden pflegen. (Geiterkeit.)

Meine Herren! Wir besitzen — das wurde auch im Reichstag vorgelesen — den Nachweis eines katholischen Arbeitervereins aus Oberschlesien, der eine Offerte beachtet hat in der Zeitung, nach der Fleisch geliefert wird zu 20 Pf. das Pfund, welches sonst als Hundefutter ausgeschrieben ist. Ich habe nicht bemerkt, daß ein Widerspruch gegen die Tatsache erhoben worden ist. Ja, die Pferdeschlächtereien haben zugenommen, und die Droschkengäule verschwinden und kommen in Form von Wurft, wie Sie wissen, wieder auf den Markt.

Wir haben es insbesondere zu beklagen, daß das Schweinefleisch, von dem ich schon sagte, daß es die Hauptfleischnahrung des deutschen Arbeiterstandes ist, immer mehr und mehr aus dessen Haushalt verschwindet. Wir haben eine drastische, poetische Verherrlichung dieses Tieres in einem Lied, das man bei uns singt und das damit beginnt: Heil, Heil und dreimal Heil! dem Schwein und seinem Hinterteil; an dem Tier ist alles edel, von der Schnauze bis zum Wedel. (Große Heiterkeit.) Das ist drastisch, aber es verkörpert sehr die gezwungene Anhänglichkeit des Arbeiterstandes an dieses Schlachtvieh, das dem Volk in allen seinen Bestandteilen zum Genußmittel dient. Heute aber ist, wie die Statistik nachweist, der Ausfall an Schweinen ein ganz enormer. Die Metzgerschaft hat Erhebungen machen lassen in 40 deutschen Städten über den Schlachtviehmangel. Während auf der einen Seite doch manchmal eine Zunahme der Rinderschlachtungen stattfand, ist es die Abnahme der Schweine zuzufuhr, die uns in grotesken Biffen entgegentritt. So sind in Berlin im Jahre 1904 in demselben Zeitraume, ich glaube in einem Monat, 4264 Schweine weniger geschlachtet worden, in Hamburg 3397, in Breslau 3608, in diesen drei Städten zusammen in einem Monat 11690 Stück Schweine weniger. In ganz Deutschland sind im dritten Quartal des Jahres 1905 470 000 Schweine weniger geschlachtet und etwa 57½ Millionen Kilogramm Schweinefleisch weniger als bisher auf den Markt gebracht worden. Der Humor vergeht einem bei der Tragik dieser Zahlen. Aus ihnen spricht ein gewaltiger Hunger, aus ihnen lesen wir die gebieterische Vorschrift für den Arbeiter, sich den Leibriemen enger zu schnallen und sich damit abzufinden, an Stelle dieses uralten Volksnahrungsmittels zu anderen minderwertigen Ersatzmitteln zu greifen, wenn er kann und wenn ihm dies möglich ist. Ich bestreite aber die Möglichkeit.

Wir erkennen die Ursache der Fleischnot darin, daß die Bevölkerung Deutschlands im Jahre etwa um eine Million zunimmt und daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, dieser zunehmenden Zahl von Konsumenten im Reiche in genügender Weise durch die Viehzucht zu Hilfe zu kommen. (Zuruf: Sehr richtig!) Das Bedürfnis nach Fleischnahrung kann durch die deutsche Landwirtschaft allein nicht befriedigt werden und soll auch nicht durch sie ausschließlich befriedigt werden. Denn wenn die deutsche Landwirtschaft nur darauf hinausginge Vieh zu züchten, um der Bevölkerung Fleischnahrung zuzuführen, würde sie ihre übrigen wichtigeren Aufgaben noch mehr vernachlässigen.

Wir erblicken die zweite Ursache der Fleischnot in dem Abschluß des Deutschen Reiches gegen die Deckung des wachsenden Mankos durch eine beinahe chinesisch zu nennende Mauer. Als Urheber dieser Abschließungen sind in erster Reihe verantwortlich die deutschen Junker, diejenige Klasse, die wie bekannt, in Deutschland die erste Violine spielt.

Dann trägt Schuld an der Fleischnot die drakonische Handhabung der Fleischbeschau und die systematische Verkürzung der notwendigen Zufuhr frischen und zubereiteten Fleisches.

Wir sollten darin einig sein, daß es in Deutschland eine Klasse giebt, die diesen Zustand begrüßt, ihn zu einem stabilen, und zu einem Vorrecht ihrer Klasse machen will. Sie sagt, das ist der normale Barometerstand unseres wirtschaftlichen Einkommens, unter den niemals mehr heruntergegangen werden darf. Und wenn man diese Brandschätzung heute erkennt und sie als eine moralische betrachtet, so stehen wir leider noch nicht am Ende ihrer vollsten Entwicklung. Denn es werden noch schlimmere Tage über uns hereinbrechen, wenn erst einmal nach kurzen Wochen die Wirkungen des Zolltarifs in Tätigkeit treten, von denen Sie wissen, daß gerade bezüglich des Viehzolles Bestimmungen getroffen worden sind, die in vielfacher Weise den bisherigen Eingangszoll erhöht haben. Das ist eine Politik, die mitgemacht worden ist in jenen verhängnisvollen Adventstunden des Jahres 1902, wo wir in gewaltigem Ringen im Reichstage aneinander geraten sind, und wo Sie, m. H. von der rechten und linken Seite des Hauses, uns gegenüber gestanden sind in einem Temperament heißer Fehde, gegen uns, die Wortführer der Unbemittelten und Bedrückten, denen man nicht geglaubt hat, daß durch diesen Zolltarif gegen die große Masse des Volkes eine weitere Brandschätzung ausgeübt wird. Aus jener Adventzeit erinnere ich mich noch der ersten Stunde, wo ein Mann nach Berlin gekommen ist, der einst hier am Tische des Ministeriums gesessen hat und den wir alle geachtet und geehrt haben seiner Kenntnisse wegen, wenn wir — ich meine mich und meine polit. Freunde — auch seine Finanzpolitik nicht vollständig und nicht in ihren nächsten Zielen billigen konnten. Ich meine den verehrten Herrn Finanzminister Buchenberger. Er ist selten nach Berlin gekommen, dort trieb es ihn hin, und es war eine Art Schwanenlied, das er dort gesungen hat, als er die goldene Mittelstraße verteidigen half, auf der sich die Bundesregierungen in ihren verschiedenen Auffassungen endlich zusammengefunden hatten. Er hat Sie gewarnt, namentlich Sie auf dieser Seite des Hauses (zu den Nationalliberalen) weiter zu gehen, als damals die Linie vorgezeichnet war, die die Regierung einzuhalten empfahl. Er hat Sie namentlich gewarnt mit Bezug auf diejenigen Forderungen der Zollerrhöhung, die Brot und Fleisch des Volkes verteuerten. Allein es hat nichts geholfen. Die Geschäftsordnung des Reichstags ist zertrümmert worden, und über diese zertrümmerte Barrikade hinweg ist der Zolltarif in erhöhter Potenz durchgeführt worden.

Das ist keine Industrie- und keine Arbeiterfreundliche Politik, die da repräsentiert wird, dieses Zugeständnis, das sowohl vonseiten der Bundesregierungen, als auch vonseiten der Mehrheit der bürgerlichen Parteien im Reichstag an die Begehrlichkeit des Junkertums gemacht worden ist.

Was kommen wird, sind schwere Zeiten der Entbehrungen für das Volk. Gestern ist hier durch den Kollegen Fehrenbach die Prophezie der Zukunft, der Revolution, in das Haus getragen worden. Er hat gewissermaßen sich oder seine Partei angeboten als den Rothelfer der Regierung in den schweren Zeiten der Gefahr, die bevorsteht. Ei, ei, Herr Kollege Fehrenbach, es scheint das aus einem pochenden Gewissen gesprochen zu sein! Wer mitgewirkt hat, diese Zustände zu schaffen, wer in erster Reihe unter der Devise „Volkspartei“ mit denen gegangen ist, die uns diese Fleischnot und Fleischteuerung aufgeladen haben, dem mag es ja wohl jetzt etwas schwüler zu Mute werden, nachdem er die erste Auflage der Theuerungsepisode erlebt hat, nämlich Fleischnot und Fleischteuerung des Jahres 1905. Es kann noch anders kommen, und wenn er die Baffermannschen Gestalten der Zukunft sieht, die hungernden Mägen der Arbeiter knurren hört, und nimmt das als Revolutionsklänge an, so spricht aus ihm seine Phantasie. (Unruhe.)

Herr Fehrenbach hat aber dann auf Jena hingewiesen und mit Bezug auf meinen Parteigenossen Kolb gesagt, der habe Jena nicht mitgemacht. Dieses Jena — es ist nicht das vor hundert Jahren — hat auch seine Berechtigung. Die Harmonie und Einheitslichkeit unserer Demonstration sollte Sie nicht ängstigen in dem Sinne, daß Sie sich der Regierung als Helfershelfer gegen Revolution, gegen Barrikadenkämpfe usw. antragen. Nein, meine Herren, dieses Jena, diese Entschlossenheit der Arbeiter, diese harmonische Versicherung, daß wir uns nicht auf der einen Seite unsere Lebensexistenz systematisch ruinieren, auf der anderen Seite gefallen lassen müssen, daß man uns den gesetzlichen Weg verrammelt, auf dem wir diese Zustände ändern wollen, daß man uns aus der Verwaltung der Städte hinaustreibt, daß man uns das Wahlrecht entzieht oder dort, wo wir es nicht besitzen, es verweigert — ich meine, diese Demonstration ist eine so konstitutionelle und demokratische Wehr, daß Sie sich darüber freuen sollten, wenn der Arbeiter nach dieser Richtung einmütig seinen Willen kund gibt — wenn er gesagt hat: Eine Grenze hat Tyrannennmacht! Denn schon das heutige Gesetz gibt ihm das Recht, sich nicht länger ausbeuten zu lassen und von der ihm innewohnenden volkswirtschaftlichen Kraft der Negation Gebrauch zu machen, indem er eines schönen Tages sagt: Quod non! wir können auch einmal, nachdem wir in der Frohnde hungern gelernt haben, außer Dienst hungern und zuwarten.

Das ist ein berechtigter, ein moderner Standpunkt. Wir haben ihn Ihnen offen und frei unterbreitet und ich meine, mit dieser Offenheit und Ehrlichkeit sollten wir Anerkennung finden, und Mithilfe, daß diese anerkannten Uebelstände beseitigt werden! Gebt den Arbeitern ihr Brot, gebt ihnen ihr Fleisch, oder wenn ihr es verteuern wollt, so sorgt wenigstens dafür, daß die berechnete Anforderung auf höhere Lebenshaltung, auf höheres Einkommen normiert wird. Gebt ihnen vor allen Dingen eine zweckmäßige Wohnung, gebt ihnen eine anständige Nahrung und das Recht, an der Gestaltung der Verhältnisse in Staat und Gemeinde mitwirken zu können. Dann brauchen Sie keine Barrikaden zu fürchten — es werden übrigens auch keine gemacht — dann brauchen Sie sich nicht der Regierung als Helfershelfer aus der Revolution anzupreisen.

Meine Herren! Wenn Sie morgen im patriotischen Feste, diesmal in getrennten Lagern (Heiterkeit), Ihrem Patriotismus Ausdruck geben, wenn Sie beim schäumenden Becher die Fürsten des Landes und des Reiches feiern, dann denken Sie auch daran, daß 90 Prozent des deutschen Volkes nicht mitfeiern können (Sehr richtig!), wenn sie auch wollten, daß 90 Prozent des deutschen Volkes auf ein Einkommen von 900 bis 1200 Mark durchschnittlich eingeschätzt ist, daß die große Masse des Volkes morgen arbeiten, morgen verdienen muß, während Sie feiern, damit sie am nächsten Tag wenigstens das Dürftigste hat, um leben und existieren zu können. (Lebhafte Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf gibt der Minister des Innern Dr. Schenkelnamens der Großh. Regierung folgende Erklärung ab:

Die im Laufe des letzten Sommers eingetretene Steigerung der Fleischpreise hat der Großh. Regierung Anlaß gegeben, über den Umfang und die Ursachen dieser Erscheinung Erhebungen anzustellen.

Nach dem Ergebnis der Erhebungen haben die Fleischpreise und im besonderen die Preise für Schweinefleisch im ganzen Lande, namentlich aber in den größeren Städten eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Als hauptsächlichste Ursache der Preiserhöhung ist übereinstimmend der Rückgang der Schweinebestände — einerseits infolge

von Futtermangel im Herbst 1904 und andererseits infolge einer Einschränkung der Zucht — angegeben worden.

Die fast allgemein ausgesprochene Erwartung, daß die Erscheinung nach ihren ursächlichen Verhältnissen nur eine vorübergehende sein könne, hat sich leider bis jetzt nicht erfüllt, da die Preissteigerung, wenngleich Anzeichen für allmähliches Zurückgehen vorliegen, doch bis zum gegenwärtigen Augenblicke sich geltend macht.

In voller Würdigung der großen Bedeutung einer ausreichenden Fleischversorgung für die Volksernährung ist die Großh. Regierung alsbald nach Abschluß der Erhebungen in Erwägung darüber eingetreten, was zu einer Verbilligung der Fleischpreise und zur tunlichsten Verhütung künftiger außergewöhnlicher Preissteigerungen vorgekehrt werden könne. Einer befriedigenden Lösung stehen aber umso größere Schwierigkeiten entgegen, als die gleichen Verhältnisse nicht nur in allen übrigen Bundesstaaten, sondern teilweise auch im Auslande eingetreten sind. Endgültige Maßnahmen konnten daher bis jetzt nicht getroffen werden.

Neuerlich hat sich auf Anregung der Regierung auch die geordnete landwirtschaftliche Interessenvertretung des Landes, der Landwirtschaftsrat, mit der Frage befaßt und eingehende Verhandlung hierüber gepflogen, wobei die regierungsseitig in Aussicht genommenen Maßnahmen im allgemeinen gutgeheißen und noch weitere Vorschläge zur Abhilfe gemacht wurden. Die Großh. Regierung wird nunmehr unverzüglich und soweit erforderlich, im Benehmen mit Vertretern die in Betracht kommenden Interessentengruppen die Durchführbarkeit dieser Maßnahme, die sich hauptsächlich in der Richtung der Hebung der Vieherzeugung und -Mast, sowie der Anbahnung näherer Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten unter Beförderung der Auswüchse des Zwischenhandels bewegen, einer Prüfung unterziehen und nach deren Ergebnissen ihre weitere Anordnungen treffen.

Der Minister fährt fort:

Wie Sie aus dieser Erklärung entnehmen, wird seitens der Regierung die Tatsache nicht verkannt, daß die Preise der für die Ernährung der Bevölkerung geradezu notwendigen Fleischarten, zum Teil des Rindfleischs, in ganz besonderem Maße aber des Schweinefleischs, seit Juli des vorigen Jahres in fühlbarer Weise in die Höhe gegangen sind, und daß ein merklicher Rückgang in dieser Bewegung der Fleischpreise bisher noch nicht stattgefunden hat. Diese Tatsache ist für die Bevölkerung umso fühlbarer, als die Preise auch anderer Lebensbedürfnisse — wenigstens in den größeren Städten und benachbarten Gegenden, wo sich eine größere industrielle Bevölkerung ansammelt — ebenfalls wesentlich in die Höhe gegangen sind, insbesondere die der Eier und der Milch.

Die Frage, die in der Interpellation angeregt wird, ist eine sehr ernste, die reiflicher Erwägung bedarf. Eine Not zwar, die, wie der Herr Vorredner wenigstens angedeutet hat, gerade zum Hunger führen würde, ist nicht vorhanden. Dagegen läßt es sich gar nicht leugnen, daß die Verteuerung des Fleisches, namentlich des für die Ernährung weiter Kreise der Bevölkerung sehr wichtigen Schweinefleischs, immerhin für die Lebenshaltung der mittleren und unteren Schichten unserer Bevölkerung sehr fühlbar ist. Die Großh. Regierung hat, sobald diese Erscheinung mit einer gewissen Dauer hervortrat, schon Ende August vorigen Jahres, derselben ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet, und eine eingehende Erhebung darüber veranstaltet, einerseits statistischer Art, andererseits aber auch derart, daß die beteiligten Kreise, also namentlich die Bezirksämter und Gemeindeverwaltungen, dann aber auch die Vertreter von Landwirtschaft und Gewerbe über die aufgetretenen Tatsachen und über die Anschau-

ungen, die hinsichtlich einer etwaigen Bekämpfung dieser Fleischsteuerung bestehen, gehört worden sind.

Es sind eine Anzahl von Faktoren, welche auf diese Fleischsteuerung einwirken, und zwar zu einem nicht unerheblichen Teile solche Faktoren, welche außerhalb der behördlichen Einwirkung stehen, wie sie von den staatlichen und kommunalen Organen erfolgen konnte. Diese Art der Preisgestaltung ist eben eine volkswirtschaftliche Erscheinung, wie sie sich wenigstens zum großen Teile unabhängig von solchen Einwirkungen auch auf anderen Gebieten unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens vollzieht (Zuruf), eine Erscheinung, die als solche hingenommen werden muß, und die eben wieder Gegenwirkungen bei den davon betroffenen Teilen der Bevölkerung herbeiführt, indem diese — und zwar zum Teil in erfolgreicher Weise — suchen, mit der Steigerung der Kosten ihrer Lebenshaltung auch eine Steigerung dessen herbeizuführen, was sie als Arbeitslohn im weitesten Sinne des Wortes erhalten sollen.

Es sind hauptsächlich drei Faktoren, welche auf diese Preisgestaltung einwirken:

Zunächst die Produktionskosten des Fleisches; sodann die Tatsache, wie viel Fleischvorrat an lebendem und geschlachtetem Fleisch im Lande vorhanden ist, oder durch die Einfuhr von auswärts der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird, und endlich diejenigen Einwirkungen, die dadurch herbeigeführt werden, daß die von den Produzenten hergestellte lebende Ware noch eine Reihe von Zwischenstationen durchzulaufen hat, bis sie konsumtionsreif in die Hände des Verbrauchers gelangt.

Was nun insbesondere den ersten Faktor anbetrifft, die Produktionskosten, so ist wohl gar nicht zu verkennen und es ist dies auch neuerdings in den Verhandlungen des Landwirtschaftsrats hervorgehoben worden, an den wir diese Frage zur Begutachtung vonseiten des einen Interessentenstandpunktes geleitet hatten, daß die Produktionskosten des Fleisches in neuerer Zeit nicht unerheblich gestiegen sind. Dies hängt einerseits damit zusammen, daß der Arbeitslohn gestiegen ist und damit auch das, was der kleine Unternehmer als Arbeitslohn für seine Mähebewaltung in Rechnung zu stellen hat, ferner aber auch damit, daß die Preise für die Futtermittel sowie die Kosten für den Landwirtschaftsbetrieb gestiegen sind. Ich erinnere hier namentlich an die erheblichen Verbesserungen der Stallungen für Rindvieh u. Schweine, die mit der Steigerung der Technik der Viehproduktion im Zusammenhang stehen.

Es wird gewiß niemand unserem Landwirte verübeln wollen, wenn er darauf hinstrebt, entsprechend der Erhöhung dieser seiner Produktionskosten auch eine Erhöhung derjenigen Preise zu erzielen, die er bei der ersten Abgabe des lebenden Viehes, insbesondere des Rindviehes und der Schweine, erhält. Ich glaube, das liegt geradezu im öffentlichen Interesse, daß derjenige, der das Vieh produziert, bei dem Verlaufe des Viehes auch einen entsprechenden Preis dafür erzielen kann. Es sind nicht „die Junker“, wie der Herr Vorredner angedeutet hat, die auf eine solche Erhöhung des Preises in unserem Lande hinstreben. (Zurufe).

Der Herr Vorredner hat ja in seinen Ausführungen vielfach etwas hinübergeschweift über die Grenzen unseres Landes und er hat hervorgehoben, daß es die Junker seien, die hauptsächlich auf die Erhöhung der Fleischpreise hinwirken und damit — wie er sich ausgedrückt hat — eine gewisse Brandstiftung der übrigen Bevölkerung herbeiführen. Wer produziert aber bei uns das Vieh, das Rindvieh sowohl wie die Schweine? Das sind keine großen Grundbesitzer, sondern die mittleren Bauern und die kleinen Leute; es sind, namentlich was die Schweineproduktion anlangt, diejenigen Leute, deren Interessen

gerade von jenen Herren vertreten werden, an deren Spitze sich der Herr Vorredner befindet. Den kleinen Landwirten, den Tagelöhnern und den Fabrikarbeitern, welche bei uns vielfach Schweine halten, ist es sehr zu gönnen, wenn sie auch einen vollen Preis und einen solchen Preis erzielen, der über ihre Selbstkosten wesentlich hinausgeht. (Bewegung); Zuruf des Abg. Sed.: Die essen es ja selber.)

Bei dem zweiten Faktor für die Preisgestaltung kommt es darauf an, wie viel Vieh im Lande zum Zwecke der Versorgung der inländischen Bevölkerung gezogen und wie viel Vieh und Fleisch vom Auslande eingeführt wird. Was nun die Zucht des Viehes betrifft, so ist allgemein anerkannt, daß die Viehzucht nicht nur im Reich, sondern auch im Großherzogtum Baden in einem sehr erheblichen Aufschwung begriffen ist, in einem Aufschwung, der nicht nur von Jahr zu Jahr die Zahl der Viehstücke, sowohl Rindvieh als Schweine, vermehrt, sondern welcher auch qualitativ den Fleischwert, die Güte dieser Produkte steigert. Es ist richtig, daß sich diese Aufwärtsbewegung in quantitativer und qualitativer Beziehung, vielleicht nicht überall ganz parallel mit der Aufwärtsbewegung der Bevölkerungszahl vollzieht, daß sie vielleicht bei der oder jener Viehgart auch sprunghaft vor sich geht, und es ist anzuerkennen, daß wir seit dem Jahre 1904 einen sehr erheblichen Rückgang in der Zucht der Schweine bemerkt haben. Das war eine Folge davon, daß die Schweinepreise, damals plötzlich sehr erheblich zurückgegangen sind. Dies hat dann viele Züchter davon abgeschreckt, neue Jungschweine einzustellen und hat sie bewogen, die Zuchtsauen abzuschaffen; und hierdurch und durch die gleichzeitig aufgetretenen ungenügenden Ergebnisse der Kartoffel-, zum Teil auch der Futterernte, ist im vorigen Jahr ein erheblicher Rückgang in der Zahl der Schweine eingetreten, ein Rückgang, der auch noch im letzten Herbst, weil auch dort die Kartoffelernte und Futterernte eine nicht ganz genügende war, nicht gegeben wurde, und der meines Erachtens erst allmählich im Laufe dieses Frühjahrs eine Ueberwindung erfahren wird.

Nun kommt es aber nicht lediglich auf dasjenige Vieh an, das im Inlande produziert wird, sondern es kommt auch auf die Einfuhr an. Bisher ist gesagt worden, unsere deutsche Reichsgrenze sei, und zwar durch die Anordnungen der Landes-Regierungen, im wesentlichen abgesperrt hinsichtlich der Einfuhr von Fleisch und von Vieh gegenüber dem Reichsausland mit einer chinesischen Mauer. Wenn und soweit eine solche Absperrung besteht, kann man sie jedenfalls nicht als eine protektionistische Maßregel bezeichnen, wie es der Herr Vorredner getan hat, sondern diese Absperrung, die ja nicht erst seit einigen Jahren, die vielmehr den Verhältnissen entsprechend seit Jahrzehnten allmählich fortschreitend eingeführt worden ist, ist aus sehr triftigen, veterinär-polizeilichen Gründen erfolgt; nämlich, um unsere außerordentlich wertvolle, beständig sich steigende, vielfach geradezu den Kernpunkt der Landwirtschaft bildende Viehzucht gegen die Einfuhr nicht von Fleisch, sondern von Viehseuchen zu schützen. Unter der Herrschaft dieser Absperrung ist es gelungen, einen großen Teil der früheren, außerordentlich verberblichen Viehseuchen, durch welche manchmal in einem Jahre, in unserem Lande allein, Millionen von Viehkopital vernichtet worden sind, im wesentlichen zu unterdrücken. Ich erinnere nur an die Lungenseuche und die Maul- und Klauenseuche, die jetzt fast verschwunden sind.

Nun aber muß ich noch ferner darauf aufmerksam machen, daß diese Absperrung keineswegs eine so hermetische ist, wie man nach den Ausführungen des Herrn Abg. Sed. vermuten sollte. Vor allem gegen die Einfuhr des geschlachteten Viehs, also des Fleisches, besteht wenigstens eine für unser Land in Betracht kommende

Abperrung nach außen nicht. Es kann alles Fleisch, natürlich unter Beobachtung der Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes, Rindfleisch, Schweinefleisch und die anderen weniger in Betracht kommenden Fleischarten, in unserem Lande eingeführt werden; und man kann nicht behaupten, daß die Bestimmungen, die durch das neue Reichsgesetz über die Fleischbeschau in dieser Beziehung in unserem Lande eingeführt worden sind, im wesentlichen schärfer sind, als diejenigen Vorschriften, die schon vorher kraft Landesvorschrift in unserem Lande in Geltung waren.

Es wird auch von der Befugnis, Fleisch aus dem Auslande einzuführen, so viel ich erfahren konnte, in unserem Lande, namentlich von den intelligenten Metzger- und Fleischern der Städte, ein recht umfassender Gebrauch gemacht. Namentlich wird aus Holland und Frankreich geschlachtetes Vieh in großen Mengen bei uns eingeführt, und dies hat wohl dazu beigetragen, daß eine Fleischnot niemals bei uns bemerkt wurde, sondern nur eine Fleischteuerung. Es ist daher auch gar nicht richtig, was der Herr Abg. Geck in seinem Vergleich zwischen England und uns gesagt hat. Er sagte: Wenn die Engländer mit holländischem Fleisch gespeist werden können, könne man doch gewiß auch das holländische Fleisch zu uns einlassen. Ja, wir sind ganz und gar in der gleichen Lage, wie die Engländer. Letztere lassen aus Holland kein lebendes Vieh bei sich ein, sondern nur das geschlachtete Fleisch. Ich will nur noch darauf aufmerksam machen, die Engländer, die doch gewiß ein freies Volk sind und keine „deklaratorischen“ Maßregeln zum Schutze der Landwirtschaft und der Viehzucht kennen, sind bezüglich des Schutzes ihres Viehstandes außerordentlich streng. Sie haben den Grundsatz: Lebendes Vieh darf aus keinem Lande eingeführt werden, in welchem Viehseuchen bestehen oder nur die Gefahr von Viehseuchen vorhanden ist. Das hat zur Folge gehabt, daß nach England nur aus zwei Ländern lebendes Vieh eingeführt wurde, nämlich aus Kanada, das sozusagen ein Bestandteil Englands ist, und aus der nordamerikanischen Union, übrigens auch von dort mit Ausnahme der Schweine; die Einfuhr aus Argentinien war bis zum Jahr 1903 gestattet, aber sobald die Maul- und Klauenseuche dort aufgetreten ist, wurde sie untersagt.

Es ist ja richtig, daß gegen die Einfuhr von lebendem Vieh unsere Grenze in sehr weitem Umfange gesperrt ist. Das geschah aber keineswegs lediglich durch Verfügungen der Landesregierungen, wie man nach den Ausführungen des Herrn Abg. Geck meinen sollte, sondern wenigstens zum Teil durch die Anordnung des Reichskanzlers, die ihm kompetenzgemäß zusteht, so namentlich der Abschluß gegen Oesterreich-Ungarn. Im übrigen erfolgte allerdings der Abschluß der Grenzen durch die Landesregierungen, aber keineswegs durch Anordnungen, die von ihnen ausgegangen sind, sondern im Benehmen mit dem Reichskanzler und auf dessen Veranlassung, wie überhaupt diese veterinär-polizeilichen Maßregeln an der Grenze der einzelnen Länder nach dem Ausland hin, immer im Benehmen mit dem Reichskanzler und mit sämtlichen in Betracht kommenden Regierungen vorgenommen werden.

In Baden kommt hinsichtlich der Einfuhr von lebendem Vieh nur die Grenze nach der Schweiz und Oesterreich-Ungarn in Frage. Nach der Schweiz haben wir, abgesehen von der gesperrten Schweinezufuhr, die Grenze offen; es kann lebendes Rindvieh, nicht bloß Zuchtvieh, sondern auch Schlachtvieh, aus der Schweiz unter Beobachtung der veterinär-polizeilichen Vorschriften eingeführt werden. Die Einfuhr wird aber deswegen unterlassen, weil die Schweiz selbst ein Importland ist. Sie züchtet Vieh, aber sie braucht zur Versorgung ihrer Bevölkerung selbst auswärtiges Vieh.

Nach Oesterreich-Ungarn haben wir für Rindvieh die Grenze offen; es besteht die Bestimmung, daß ohne Beschränkung der Zahl Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn eingeführt werden darf unter Beobachtung der veterinär-polizeilichen Vorschriften, welche namentlich darin bestehen, daß das Vieh auf dem ganzen Transport einer genauen Ueberwachung unterworfen werden muß, und daß es nur in gewisse, technisch vollkommen eingerichtete Schlachthäuser der großen Städte unseres Landes zum Zweck der sofortigen Abschachtung eingeführt werden darf. Auf Grund dieser Öffnung der Grenze Oesterreich-Ungarns, die auch in Zukunft bestehen bleiben wird, sind früher große Mengen sehr guter Däsen aus Oesterreich-Ungarn eingeführt worden, und ich muß anerkennen, daß dies eine sehr wesentliche und wünschenswerte Ergänzung des Fleischvorrates bei uns herbeigeführt hat. Diese Einfuhr hat aber jetzt größtenteils aufgehört, nicht infolge „deklaratorischer“ Maßregeln, sondern weil in Oesterreich-Ungarn ganz die gleichen Verhältnisse eingetreten sind wie bei uns, weil auch dort die Preise gestiegen sind und es sich nicht mehr rentiert, das Vieh unter Uebernahme der großen Transportkosten nach Deutschland herein zu transportieren.

Nicht für Fleisch, aber für lebendes Vieh, namentlich für lebende Schweine ist die Grenze nach Holland und Frankreich verschlossen. Und es wird nach unseren Erhebungen wohl als richtig anzuerkennen sein, daß die Preise für Fleisch und Vieh in Holland und Frankreich im Augenblick erheblich niedriger sind als bei uns, was man schon daraus ersieht, daß es sich rentiert, aus diesen Ländern Fleisch in ziemlicher Menge zu uns einzuführen. Es käme also, wenn diese Fleischteuerung zum Nachteil größerer, namentlich der minderbemittelten Schichten unserer Bevölkerung noch länger andauern sollte, in Frage, ob nicht eine weitere Öffnung der Grenzen nach Frankreich hin zum Zwecke der Einfuhr von lebenden Schweinen, die ja jedenfalls billiger geschehen kann als die Einfuhr von geschlachteten Schweinen, vorgenommen werden soll. Darin für sich vorzugehen ist aber die Groß-Regierung nicht in der Lage. Wir könnten ja eine derartige Maßregel jedenfalls nur dann ins Werk setzen, wenn wir uns einerseits mit dem Reichskanzler und andererseits der Elsaß-Lothringischen Regierung, deren Land an der Grenze liegt, verständigt hätten. Sollte die Regierung des Reichslandes wirklich ihre Grenzen für die Einfuhr eines bestimmten Kontingents von lebenden Schweinen aus Frankreich öffnen wollen, so glaube ich nach dem Ergebnis seitheriger Erhebungen, daß auch von unserer Seite, sofern die veterinär-polizeilichen Bedingungen alle erfüllt würden, kein wesentliches Bedenken einer ähnlichen Maßregel entgegenstehen würde. Aber, das muß ich hier unterstreichen, nur unter Beachtung aller veterinär-polizeilichen Vorschriften und Einschränkungen könnte das geschehen; denn die Einfuhr von Schweinen ist ja nicht bloß in der Beziehung unter Umständen gefährlich, weil sie uns die Schweinepest, die Schweinegrippe und den Rotlauf bringen könnte, die ja bei uns, wie zugegeben werden muß, zwar im Rückgang, aber immerhin noch ziemlich verbreitet sind, nein, sie ist deshalb so gefährlich, weil die Schweine die Träger der Maul- und Klauenseuche sind, und gerade diese so verheerende und verderbliche Seuche für unsere seit einiger Zeit davon befreiten Rindviehbestände sehr gefährlich sein würde. Es käme daher jedenfalls bloß in Frage, ob ein bestimmtes Kontingent lebender Schweine unter ganz besonderen Vorkehrungen durch sehr zuverlässige Unternehmer — ich habe hier besonders die städtischen Verwaltungen im Auge — zur sofortigen Abschachtung eingeführt werden könnte.

Der dritte Faktor für die Preisgestaltung des Fleisches wird, wie ich bereits hervorgehoben habe, durch das be-

dingt, was mit dem Vieh, nachdem es aus der Hand des Produzenten in den freien Verkehr übergegangen ist, bis zu dem Augenblick getan wird, wo das Fleischstück an den Verkäufer übergeht. Hier kommen unzweifelhaft eine Reihe von verteuernenden Faktoren in Betracht, das zeigt sich ja auch darin, daß eine nicht unerhebliche Spannung des Preises zwischen dem Preis, der für das Lebendgewicht bezahlt wird, und demjenigen, den der Käufer für das Fleisch bezahlt, besteht. Diese Spannung wird im Durchschnitt für das Pfund auf etwa 20 Pfennig, und das ist ein sehr erheblicher Betrag, berechnet. Die verursachenden Momente bestehen nicht bloß in der Tätigkeit des Zwischenhandels, sondern auch in den Kosten, die in den Metzgereien und in den Schlachthäusern erwachsen, insbesondere auch durch die Fleischbeschau, die Verbrauchssteuern, die Fleischaccise. Könnte man in diesem Stadium ein wesentliches sparen, so würde wohl bewirkt werden können, daß eine Verteuerung des lebenden Viehes bei dem seitens des Produzenten stattfindenden Verkauf noch nicht eine Verteuerung des Fleischpreises bei Abgabe an den Verkäufer zur Folge haben müßte. Vielfach wird behauptet, daß eine ganz besondere Verteuerung innerhalb dieses Stadiums durch die Kosten des Schlachthofes und der Fleischbeschau, durch die Verbrauchssteuern und Accise verursacht würde. Nach unseren Erhebungen ist diese Anschauung nicht ganz richtig, jedenfalls sehr übertrieben. Denn wenn man diese Kosten zusammenrechnet, so findet man, daß sie für das Pfund gerechnet den Preis des Rindfleischs im Durchschnitt höchstens um 5 Pfg. und den Preis des Schweinefleischs sogar nur um 2 Pfg. erhöhen. Also eine Verminderung dieser Kosten wird jedenfalls eine wesentliche Verminderung des Fleischpreises nicht herbeiführen können. Dagegen wäre es von großer Bedeutung, wenn man bei dem Zwischenhandel etwas sparen könnte. Daß in dieser Beziehung die Einrichtungen in unserem Lande auf der Höhe der Vollkommenheit, die sie erreichen könnten, stehen, kann man jedenfalls nicht behaupten. Zwar wird anzuerkennen sein, daß jedenfalls der Zwischenhandel der Metzger und auch zum großen Teil der Viehhändler nicht wird ausgeschaltet werden können; auch hier sind Faktoren vorhanden, die in dem Produktions- und Verteilungsprozeß etwas wirtschaftlich nützlich leisten. Immerhin aber wird man die Tätigkeit der Mittelspersonen einigermaßen einengen und auf diese Weise eine Verminderung des Fleischpreises herbeiführen. Würde man nun in dieser Beziehung geschickt durch praktische, wirksame Maßregeln vorgehen, so würde man bewirken können, daß auch, wenn einmal die Viehpreise bei dem ersten Uebergang von dem Produzenten an den Händler in die Höhe steigen, dies sich doch nicht sofort in einer dauernden Aufwärtsbewegung der für den Verbrauch maßgebenden Fleischpreise geltend macht. Diese wichtige Sache zu untersuchen wird, nachdem die Frage bereits zum Gegenstand der Verhandlung im Landwirtschaftsrat geworden ist, Aufgabe der Großh. Regierung sein. Sie wird demnächst eine Versammlung von Beteiligten, nicht bloß aus den Kreisen der Landwirtschaft, sondern auch aus denen des Handels und des Gewerbes einberufen, um mit ihnen die Frage zu erwägen, ob nicht in dieser Beziehung mit weiteren Maßregeln vorgegangen werden kann.

Ich hoffe, wenn die Sache mit Ruhe und mit Besonnenheit behandelt wird, wenn sie nicht zum Gegenstand der Agitation, sondern nur zum Gegenstand der ernstlichen Untersuchung und Arbeit gemacht wird, dann werden wir, unterstützt durch günstige Naturfaktoren dazu gelangen, daß wir in nicht allzuferner Zeit von diesen Fleischpreisen auf einen der Ernährung der Bevölkerung angemessenen und die Mühe und Arbeit des Produzenten lohnenden Preis herabgelangen. (Beifall).

Bei der im Einverständnis mit dem Hause eröffneten Diskussion ergreift zunächst das Wort

Abg. Saenger: Zunächst möchte ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß es dem Herrn Kollegen Geck und seinen Freunden nicht vergönnt ist, an den patriotischen Feiern morgen teilzunehmen. Sie werden mir aber doch gestatten, zu bezweifeln, daß daran die hohen Fleischpreise schuld sind. Ich habe vor etwa 8 Tagen an den Anschlagäulen in Karlsruhe gelesen, daß die vereinigte Arbeiterschaft einen Maskenball feiert. Ich bin natürlich weit davon entfernt, ihnen das zu mißgönnen. Ich freue mich, wenn ihnen nach sauren Wochen auch wieder frohe Feste winkt! Ich möchte nur hier die Mitteilung machen, daß vielleicht 90 Proz. aller Schweinezüchter des badischen Landes noch nie einen Maskenball gesehen haben (Heiterkeit; Zuruf von den Sozialdemokraten: aber in dem Zirkus Busch in Berlin kommen sie zusammen).

Ich habe mich auch sehr gefreut, daß der Herr Kollege Geck zugegeben hat, daß die Arbeiter, die Schweinezüchter sind, ihre Schweine selber essen. So lange sie aber selbstproduziertes Schweinefleisch essen können, brauchen sie keines zu kaufen. Ich zähle nicht zu den Agrariern, die die hohen Fleischpreise wegstreiten. Ich gebe gern zu, daß diese außerordentlich hoch sind, daß sie vielleicht noch nie so hoch waren, und ich gehe sogar so weit, zu erklären, daß nach meiner Ansicht normale Fleischpreise vielleicht nie mehr eintreten werden, wenn man unter normalen Fleischpreisen die Preise verstehen will, die wir im Durchschnitt der letzten 50 Jahre hatten. Aber daß man diese Fleischpreise Wucher nennt, agrarischen Wucher insbesondere, das möchte ich denn doch bestreiten.

Es hat sich überhaupt in den letzten Jahren allmählich zum beliebten Schlagwort herausgebildet, überall vom agrarischen Wucher zu reden. Es gibt einen agrarischen Brotwucher, es gibt einen Milchwucher und einen Fleischwucher. Ich habe kürzlich in einem Buch einige Notizen über den Brotwucher gefunden. Da stand darin, daß im Jahre 1860 der Doppelzentner Weizen 24 M., und der Doppelzentner Bröddchen 27 M. gekostet habe, im Jahre 1905 aber 100 kg Weizen 16 M. und 100 kg Bröddchen 54 M. Das ist doch gewiß kein agrarischer Brotwucher. Mit dem Milchwucher ist es ebenso. Die Produktionskosten für die Milch sind so außerordentlich gestiegen, daß die Milchproduzenten im badischen Lande zur Erhöhung ihrer Milchpreise wohl vollständig berechtigt waren, insbesondere wenn man betrachtet, welche Unmengen von Bier vertilgt werden und für das Bier viel mehr bezahlt wird, als für die Milch, obwohl dieses selbstverständlich an Nährstoffen weit hinter der Milch zurücksteht. Wenn in Mannheim kürzlich einer der größten Milchhändler, der allergrößte — er verkauft täglich, wenn ich mich recht erinnere, 7 bis 8000 Liter Milch wegen Pantfcherei mit nur 50 M. bestraft wurde und aus dieser Pantfcherei täglich etwa 500 M. Profit gezogen hat, so ist das sehr zu bedauern. Aber agrarischer Wucher ist das auch nicht.

Es gab auch früher schon hohe Fleischpreise, so hat sich schon am 26. November 1763 der Hofrat der Markgrafschaft Baden-Durlach mit teuren Fleischpreisen befaßt. Damals galt allerdings das Pfund Fleisch nur 5 bis 6 1/2 Kreuzer. Aber die Produktionskosten waren vielleicht damals auch 6 1/2 oder 7 Pfennig, und es wird den Fleischproduzenten schon damals recht gut bekommen sein, wenn die Fleischpreise etwas in die Höhe gingen.

Ueber den Rückgang des Konsums werden auch Ansichten verbreitet, die weit über das hinausgehen, was zutreffend ist. Ich will hier nur auf badische Verhältnisse abheben. In Karlsruhe wird das Gewicht der von Januar bis 1. September v. J. geschlachteten

Tiere gerechnet bei Ochsen auf 838 000 kg, bei Kühen auf 506 599 kg, bei Rindern auf 309 515 kg, bei Färren auf 353 392 kg, bei Schweinen auf 1 618 326 kg, bei Kälbern auf 544 831 kg; im Jahre 1904 bei Ochsen auf 940 099 kg, bei Kühen auf 399 709 kg, bei Rindern auf 213 287 kg, bei Färren auf 377 406 kg, bei Schweinen auf 1 775 392 kg, bei Kälbern auf 544 986 kg; hierzu eingeführtes frisches Fleisch 4 975 157 kg im Jahre 1904 und 4 936 229 kg im Jahre 1905; es verbleiben also zum Konsum 4 739 923 kg im Jahre 1904 und 4 673 798 kg im Jahre 1905. Die Abnahme 1905 betrug also 66 626 kg oder aber: auf den Kopf der Bevölkerung kommt 1,6 kg weniger Fleisch als im Jahre 1904. Diese Abnahme bezieht sich jedenfalls — es ist das nicht genau ausgebrüht — nur auf diese Zeit vom 1. Januar bis 1. September. Sie würde auf das Jahr betragen 2,4 kg oder rund 5 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Es ist das nach meiner Ansicht kein so sehr bedeutender Rückgang.

Ich darf vielleicht auch darauf hinweisen, daß in Deutschland ein direktes unbedingtes Einfuhrverbot gar nicht besteht. Im ersten Halbjahr 1905 wurden für 120 Millionen Mark Vieh und Fleisch eingeführt; dabei wurden sogar mehr Schweine als im Jahre 1904 eingeführt, allerdings nur 185 Stück mehr, was der Zunahme der Bevölkerung wohl nicht entsprechen wird. Die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren im ersten Halbjahr 1905 betrug 281 642 Ztr., die Einfuhr von Schweinefleisch 1 087 290 Ztr.; die Zufuhr war also nicht unterbunden, es herrschten vielmehr ganz genau dieselben Verhältnisse bezüglich der Einfuhr, wie sie bei normalen Viehpreisen vorhanden waren, bei für die Bauern geradezu lächerlichen Preisen.

Man spricht nun von der Aufhebung der Viehzölle. Aber nicht nur die Industrie verlangt und braucht beständige Verhältnisse, vor Allem in erhöhtem Maße auch die Landwirtschaft. Denn sie ist nicht so beweglich und anpassungsfähig wie die Industrie. Sie kann nicht von heute auf morgen zu etwas anderem übergehen. Jahrelang hat man uns geraten, wir sollten doch von dem unrentablen Getreidebau lassen. Jetzt, da wir es endlich getan haben und zur Viehzucht und zur Schweinemast übergegangen sind, behauptet man: wir erhalten zu hohe Preise. Wir haben in Baden fast nur Kleinbauern, und nur bei ihnen wird Viehzucht getrieben, fast ausschließlich werden nur Schweine gemästet. Wir haben in Baden 57 485 Bauern, die nur 20 ar bis ein Hektar besitzen; wir haben 44 435 Bauern, die ein bis zwei Hektar besitzen, und 69 554 Bauern, die zwei bis fünf Hektar besitzen. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist aber auf die Viehhaltung angewiesen. In der Tierhaltung kann er alle Kräfte ausnützen. Auch alte Leute und Kinder können da noch beschäftigt werden. Viehlose Betriebe haben wir in Baden fast garnicht. Auch die Zunahme der Stückzahl in Baden geht beständig vorwärts. Wir hatten im Jahre 1903 in Baden 638 367 Stück Rindvieh und im Jahre 1904 670 654, also ein Mehr von 32 287. Auch im Reich hatten wir eine beträchtliche Zunahme u. z. von 391 876 Stück. Auch hier marschiert Baden voran unter allen Bundesstaaten. Im Reich entfallen nämlich auf 1 Quadratkilometer landwirtschaftlich benutzter Fläche 52,6 Stück Rindvieh: nach Prozenten fallen auf Sachsen 66 %, auf Bayern 73 %, auf Baden aber 74,7 %. Ebenso bezüglich der Qualität marschieren wir in Baden voraus. Ich erinnere nur an die oberbadische Viehzucht, an deren Erhaltung wir das größte Interesse haben; denn sie ist nicht nur immer noch die beste Einnahmequelle und wird es auch für alle Zukunft für unsern oberbadischen Bezirk bleiben, auch wir anderen

Landwirte in Baden haben ein großes Interesse daran, da wir diese Bezirke zur Blutauffrischung für unsere Viehstände brauchen. Auch die Schweinehaltung geht in Baden stark über den Reichsdurchschnitt. In Bayern kommen auf 1 qkm landwirtschaftlich benutzter Fläche 30,5 %, in Württemberg 34,7 %, in Elsaß-Lothringen 40,2 %, in Baden aber 48 %. Allerdings sind diese Viehstände sehr schwankend, und sehr von Einfluß hierauf sind natürlich jeweilig die Preisbildungen. Aber seit dem Jahr 1873 hat sich doch die Zahl der Schweine in Baden nahezu verdoppelt.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung ist in 25 Jahren nicht gestiegen. Die Produktivität aber der landwirtschafttreibenden Bevölkerung, der Getreidebau, die Viehzucht, alles zusammen ist um 40 % gestiegen. Es ist das ein Zeichen dafür, daß die deutsche Landwirtschaft sich sehr angestrengt hat; die Rentabilität hat damit allerdings nicht gleichen Schritt gehalten. — Menschen und Kapital gehen immer dorthin, wo am meisten verdient wird. Wir sehen in Baden, wie überall im Reiche, eine Abnahme der Bevölkerung in den landwirtschaftlichen Bezirken und eine Zunahme der Bevölkerung in den städtischen Bezirken. Seit 1871 haben in Baden die ländlichen Bezirke abgenommen und zwar in den Bezirken Adelsheim um 10 %, Engen 8,5 %, Meßkirch 8,5 %, Staufen 10,5 %, Müllheim 7,9 %.

In landwirtschaftlich blühendsten Gegenden stehen oft die schönsten Bauernhäuser leer. Von den Segnern mag gesagt werden, die Herren haben sich zurückgezogen und haben ihr Schäfchen im Trockenen. Das ist aber ein vollständig verkehrter Standpunkt. Industrielle und Fabrikanten werden, wenn sie sich zurückziehen, genug verdient und ihr Schäfchen im Trockenen haben, ihre Fabriken stehen aber nicht still; es findet sich sofort ein Nachfolger oder Käufer. Aber in zahlreichen ländlichen Gebieten findet sich niemand mehr, der kaufen will. Gegenüber der Abnahme der Bevölkerung in den ländlichen Bezirken haben die städtischen Bezirke zum Teil erhebliche Zunahmen zu verzeichnen. Der Bezirk Schwetzingen hat zugenommen um 59 %, Freiburg um 67 %, Karlsruhe um 98 %, Mannheim um 165 %. Mannheim hat bekanntlich in den letzten 5 Jahren um rund 21 000 Seelen zugenommen. Ich gebe gern zu, daß eine große Anzahl zugewandert sind. Aber ob diese große Zahl der Zugewanderten Rindviehzucht betreibt, möchte ich bezweifeln, und wenn sie es tun, so müssen Frau und Mägde jeden Morgen früh aufstehen, die Kühe melken, die Schweinefüttele ausräumen und füttern.

Es ist notwendig, daß dem Schweinezüchter und dem Viehzüchter überhaupt höhere Preise bezahlt werden als bisher, wenn er bestehen will. Die Erhebungen in sämtlichen ländlichen Gemeinden des Landes haben ergeben, daß die Landwirtschaft immer noch eine gewisse Not leidet. Die badische Landwirtschaft ist mit Hypothekenschulden von vielen hundert Millionen Mark überlastet.

Wir wissen ferner, daß wenn die Löhne steigen, auch die Preise für Futtermittel und Kunstdünger in die Höhe gehen. So haben die Thomasmehlfabrikanten die Preise für Phosphorsäure um 1 Proz. erhöht. Und diese Erhöhung macht für die deutsche Landwirtschaft allein 1 bis 2 Millionen Mark aus! Wenn manchmal in viel späterer Zeit ein teilweiser Ausgleich stattfindet, daß die Produkte der Landwirtschaft besser bezahlt werden, so freut sich der Bauer. Er ist aber auch daran gewöhnt, daß dann der Konsument sich wehrt. Dies finde ich ganz begreiflich. Aber es gibt auch Leute, die manchmal abends beim Bier 50 Pfg. und eine Mark ausgeben und sich gar nichts dabei denken. Wenn jedoch ihre liebe Hausfrau am nächsten Morgen 10 Pfg. mehr für das Pfund Fleisch bezahlt, so schimpfen sie auf die Agrarier (Zuruf: Die Arbeiter?) Die Arbeiter habe ich

gar nicht genannt. Nach einer Resolution, die in Karlsruhe gefaßt wurde, bedeutet der jetzige Zustand eine große wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter. Ich gebe das zu, aber wenn die Bauern schlechte Viehpreise erhalten, so ist das eine große wirtschaftliche Schädigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung.

Jetzt kommt die sanitäre Frage. Die Gefahr ist da viel größer, als man glaubt. Der Städter läßt sich davon gar nichts träumen und auch die Landwirte wissen gewöhnlich nicht, wie groß die Gefahr und wie groß der Schaden ist. Ich bin in der Lage, mit etwas präziseren Zahlen zu dienen. Wir haben in Diersheim eine Molkereigenossenschaft, die viel Milch zu Butter verarbeitet. Vor 6 Jahren kam die Maul- und Klauenseuche und wir haben in einem Jahre 15000 Mark weniger für Milch eingenommen; auch im nächsten Jahre war die Einnahme nicht so hoch wie früher und es dauerte 4 bis 5 Jahre, bis sie wieder die alte Höhe erreichte. Wie viel Stück Vieh, die an der Seuche erkrankt waren, sind damals verscharrt worden, wieviel Kleinvieh, Kälber und Schweine wurde im Garten unter der Hollunderstaude vergraben! Es handelt sich um jährlich hunderte von Millionen, um welche die deutsche Landwirtschaft im ganzen Reiche durch diese Viehseuchen geschädigt worden ist. Ich gehe nun gern soweit, wie die Resolution, die am 8. August vorigen Jahres in 26 sozialdemokratischen Versammlungen in Berlin gefaßt wurde: Die Einfuhr muß überall dort gestattet werden, wo eine ausreichende Kontrolle gegen die Ansteckungsgefahr, eine gute Fleischschau und Sicherheit gegen Einschleppung von Viehseuchen jeder Art gegeben ist.

Was das Bäckfleisch anbetrifft, von dem Herr Geel sprach, so hat sich auch nach dem 1. April 1905 gezeigt, daß verdorbenes Fleisch eingeführt wurde. In der „Strasburger Post“ stand ein Artikel aus Metz vom 25. September, worin es heißt: „Eine eigene Art, die Fleischnot zu mildern, wurde hier durch Verfeinerung von Bäckfleisch beabsichtigt. Es handelte sich um eine von den Empfängern zur Verfügung des Absenders gestellte Sendung von 1700 Kilogramm aus Hamburg. Als man die Fässer öffnete, verbreitete sich auf dem St. Ludwigsplatz ein derartig pestilenzialer Duft, daß die Kaufliebhaber mit zugehaltener Nase entsetzt zurückwichen und ringsum die Fenster geschlossen wurden. Die Polizei legte sofort Beschlagnahme auf die bereits grau und grün gefärbte Ware und wies auch die Leute zurück, die trotz allem das Fleisch nun recht billig unter der Hand kaufen wollten. Das Zeug wurde unschädlich gemacht.“ Wenn durch die Viehseuchen der Viehbestand bei uns dezimiert werden oder gar auf die Hälfte seines Bestandes zurückgegangen sein wird, wird dies auch für die Konsumenten nicht von Vorteil sein, sondern die Preise werden nachher noch höhere als vorher.

Der Herr Kollege Geel hat davon gesprochen, daß man es in agrarischen Kreisen den städtischen Metzger nicht gönnt, daß sie schöne Marmorstücke haben. Ich freue mich darüber; ich hätte sogar meine Freude daran, wenn es echter Marmor und keine Imitation wäre. Aber auch das ist kein agrarischer Fleischwucher. Ich war kürzlich bei einem Freund in Lothringen, der Metzger ist; derselbe sagte mir, gegenwärtig müsse er ein Drittel mehr Arbeitslohn zahlen wie vor zehn Jahren. Ich gönne den Arbeitern diesen Lohn von Herzen, aber agrarischer Fleischwucher ist auch das nicht. Die Stadt Karlsruhe hat im Herbst vorigen Jahres sich mit einem Voranschlag wegen Erweiterung des städtischen Schlachthauses befaßt; es handelte sich um einen Aufwand von 1 166 500 M.! Ich gebe zu, daß die Erweiterungsbauten dringend notwendig sind, aber agrarischer Fleischwucher ist es

nicht, wenn sich der Stadtrat mit der Frage befaßt, wie hoch die Zinsen für das notwendige Kapital aufzubringen, und wenn er dazu kommen würde, die Schlachtgebühren etwas zu erhöhen. Vor der Erweiterung überstiegen im Jahre 1904 die Einnahmen die Ausgaben um 53 076 M., nach der Erweiterung sollen die Ausgaben die Einnahmen um jährlich 21 038 M. übersteigen. Somit wird jedenfalls der Stadtrat nicht anders können, als durch erhöhte Schlachtgebühren die Zinsen aufzubringen. Diese aus eigener Tasche zu bezahlen, werden die Metzger keine Lust haben; sie werden sie daher auf das laufende Publikum abwälzen müssen. Auch das also ist kein agrarischer Fleischwucher.

Was die Ansprüche des Publikums betrifft, so möchte ich darüber nur wenige Worte verlieren. Es wurde mir kürzlich von einem Geschäftsmann in einer weltberühmten Bäderstadt gesagt, er müsse, obwohl er erst vor einigen Jahren sein Geschäft begonnen und damals das Dienstmädchen als Personal genügt habe, jetzt zwei Laufburschen halten. Jeder wolle seine Einkäufe ins Haus gebracht haben. Er hätte das Telefon einrichten müssen, und wenn die gnädige Frau einen Haring haben wolle, so teile sie das leidlich mit und verlange, daß er durch den Laufburschen ins Haus gebracht werde. Das mag bequem sein und verlangt werden, aber agrarischer Fleischwucher ist das sicherlich auch nicht.

Wenn sich nun die Städte mit Schweinemast beschäftigen wollen, begrüße ich das mit Freuden. Auch Karlsruhe will im städtischen Viehhof die Aufzucht von Schweinen versuchen. Wie Oberbürgermeister Schwegler in der Stadtratssitzung mitteilte, wird das Unternehmen bei 50 Schweinen einen Aufwand von 4300 M. verursachen, dem eine Einnahme von 6650 M. gegenüberstehen soll, so daß sich ein Gewinn von 2350 M. ergeben würde. Dieser Betrag soll im Jahresvoranschlag eingestellt werden.

Ich mit allen meinen Berufsgenossen wären dankbar, wenn uns diese Rentabilitätsberechnung mitgeteilt werden könnte. Wir würden sie allerdings dann gehörig unter die Lupe nehmen. Allerdings scheint es mir, es ist dabei schon jetzt etwas nicht in der Ordnung. Es ist für Ankauf von 50 Schweinen, Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Ställe, Futterkosten usw. eine Gesamtsumme von 4300 M. eingesetzt. Nach meiner Ansicht würden die 50 Schweinchen mindestens schon 1000 Mark Ankauf kosten. Es bliebe für die Erstellung und Unterhaltung der Ställe, für das Futter und die Wartung 3300 M. Ich weiß aber nicht, wie der Stadtrat das fertig bekommen will, nachdem in dem eben genannten Voranschlag für eine Dugggrube 13 000 M. und für Erstellung eines Pissoirs 3460 M. eingestellt sind!

Mit den Fleischzinsen ist es eine höchst sonderbare Sache. Die Sozialdemokratie hat deren Abschaffung auf ihrem Programm stehen. Aber auch der Bund der Landwirte, eine ganz andere politische Partei, wenn man sie überhaupt so nennen will, hat das gleiche auf seinem Programm. Jedenfalls sagt der Bund der Landwirte, der Fleischproduzent muß die Metzgerei bezahlen und Sie, als Vertreter der Arbeiter, sagen, die Arbeiter als Fleischkonsumenten müssen sie aufbringen. Und die Metzger behaupten wieder, sie gingen aus ihrer Tasche. Meine eigenen Erfahrungen berechtigen mich zu der Ansicht, daß der Landwirt die Fleischzinsen bezahlt. Denn verschiedentlich ist es mir passiert, wenn ich einmal das Glück hatte, ein fettes Rind verkaufen zu können, daß mir der Metzger gesagt hat: „Ich könnte ja ganz schön 6 oder 8 M. mehr bezahlen, aber bedenken Sie, ich muß noch 8 M. Fleischzinsen bezahlen!“ Mag dem sein, wie ihm will, ich bin für Abschaffung der Fleischzinsen, weil ich der Ansicht bin, daß der Landwirt sie be-

zahlen muß. Wenn Sie in den Städten sie noch einmal bezahlen müssen — wir waschen unsere Hände in Unschuld.

Die badische Landwirtschaft hat nach meiner Ansicht kein Interesse an einer künstlichen Preissteigerung, aber an der Fernhaltung der Seuchen ein sehr großes. Sie ist schon schwer heimgesucht worden im letzten Jahre durch Hagelschäden. In einzelnen Orten verursachten dieselben bis zu einer halben Million Schaden, und im ganzen Lande 7 233 604 M. Auch im zehnjährigen Durchschnitt betrug der Schaden jährlich 2 304 674 M. Wenn die Landwirte so etwas trifft, so halten sie keine Protestversammlung — gegen wen sollten sie das auch tun? —, sie geben sich zufrieden, sehen es als eine Nügung des Himmels an, hoffen auf bessere Zeiten und arbeiten ruhig weiter, von morgens früh bis abends spät.

Aber die badische Landwirtschaft muß erwarten, daß die Groß-Regierung ihre Bevollmächtigten im Bundesrat beauftragt, für Aufhebung der Grenzsperr nur dann einzutreten, wenn eine absolute Sicherheit gegen Einschleppung der Seuchen geboten wird. Es handelt sich um kleine Landwirte und klein ist der Verdienst. Wir wollen die Stadtbewohner und die Landwirte nicht gegen einander verhegen, wir wollen aber dafür sorgen, daß nicht den Landwirten durch lässige Handhabung des Seuchengesetzes schwerer Schaden entstehen könnte, noch größerer Schaden, als die Hagelwetter des letzten Jahres verursacht haben. (Bravo!)

Abg. Schüler: Meine Herren! Vor allem möchte ich bemerken, daß in bezug auf die Frage der Fleischteuerung in meiner Fraktion Einmütigkeit herrscht, keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. In der letzten Woche, tagte der badische Landwirtschaftsrat und hat sich auch mit dieser Frage beschäftigt. Da lese ich nun in einer hier erscheinenden Zeitung, daß sich herausgestellt hätte, daß auch der badische Landwirtschaftsrat agrarisch bis auf die Knochen sei.

Das ist doch nichts Neues, das war für mich schon längst selbstverständlich.

Es wird des Weiteren ausgeführt, daß der Herr Kollege Neuwirth und meine Wenigkeit eine Fleischnot nicht anerkannt hätten usw., und der Artikel schließt mit den Worten: „Bei der Interpellation über die Fleischnot wird man den Herren über die allgemeine Volkswohlfahrt einen Vers ins Stammbuch schreiben.“ Ich sehe diesem Vers mit aller Ruhe entgegen.

Ich habe meiner Meinung im Landwirtschaftsrat Ausdruck gegeben, dahin, daß eine Fleischteuerung und nicht eine Fleischnot vorhanden sei, daß wir diese Fleischteuerung recht beklagen, weil dadurch eine gewisse Erregung, eine große Agitation in ganz Deutschland in Scene gesetzt worden ist, weil sich diese Agitation unrichtigerweise nur direkt gegen die Landwirtschaft, gegen die Agrarier wendet, und dadurch der Riß zwischen Stadt und Land größer werde.

So viel an uns liegt, wollen wir in friedlichen Verhältnissen zu den Stadtbewohnern und den Vertretern der Industrie stehen, aber wir befinden uns in der Verteidigung und müssen uns naturgemäß gegen die vollkommen unrichtigen Vorwürfe wehren, insbesondere dagegen, daß alles Heil aus der Öffnung der Grenzen zu erhoffen sei. Das ist absolut nicht der Fall.

Bezüglich der Fleischteuerung ist richtig, daß die Fleischpreise hauptsächlich bei den Schweinen sich bedeutend erhöht haben. Mindestens 90 Proz. der Schweinezüchter sind ganz kleine Landwirte und da spielen die verschiedenen Schwankungen des Futtermittelpreises und entsprechend des teuren Ankaufs der Mastferkel eine große Rolle. Die Tatsache steht fest, daß ein gewisser Rückgang der Preise

auch bei den Schweinen beim direkten Kauf von den Landwirten eingetreten ist.

Ich bin nun der Ansicht, daß recht viele verschiedene Ursachen bei dieser Fleischteuerung mitsprechen. Da möchte ich nun, in Beantwortung dessen, was der Herr Abg. Geel als Vertreter der Interpellation ausführte, nur einen Satz aus einer Eingabe des deutschen Landwirtschaftsrates, die am 19. November 1905 an den Reichstag erfolgte, mitteilen. Da heißt es:

„Die städtischen Konsumenten sollten bei der Beurteilung der Fleischpreise mehr die Tatsache würdigen, daß von dem Preise, den sie für Fleisch im Kleinhandel zahlen, fast die Hälfte der Fleischer und Zwischenhandel erhält, während der Landwirt als Produzent sich mit der anderen Hälfte des Preises, ähnlich wie beim Brotpreise, begnügen muß. Dazu kommt, daß der Konsument bei niedrigen Viehpreisen, infolge des dann relativ noch größeren Aufschlages des Fleischers und Zwischenhandels, einen weit höheren Fleischpreis bezahlen muß, als den Viehpreisen allein entsprechen würde.“

Ich bemerke ferner, daß auch die Landflucht, die Abnahme der Bevölkerung auf dem Lande, das Anwachsen der Bevölkerung in den Städten, vornehmlich in der Industrie, eine Verschiebung mit sich bringt. Erfreulicherweise war bis zu den Tagen dieser Teuerung in den Städten das billigste Lebensmittel das Fleisch, und es ist dies ja sehr erfreulich, denn das Fleisch ist ein gesundes, kräftiges Nahrungsmittel und wir gönnen es dem Arbeiter recht gern. Da aber der Konsum an Fleisch auf dem Lande nicht so groß ist, wie in den Städten, so ist klar, daß durch die oben bezeichnete Tatsache der Landflucht eine Verschiebung eintritt, ein größerer Fleischkonsum in den Städten vorhanden ist.

Die hohen Fleischpreise sind doch nicht nur bei uns in Deutschland allein vorhanden; sie sind der Ausdruck der allgemeinen Konjunktur auf dem Weltmarkte; wir hören ja — und auch der Herr Minister hat es heute ausgeführt — daß in einzelnen Staaten des Auslandes die Fleischpreise noch höhere sind als bei uns. Von einer schrankenlosen Öffnung der Grenzen würde also keine Abhilfe zu erwarten sein, wie selbst in Interessententreisen zugegeben wird. Die Ursachen der Teuerung sind zum Teil Futtermittel innerhalb und außerhalb Deutschlands und die dadurch hervorgerufene hohen Futtermittelpreise, und hohen Kartoffelpreise. In einer großen Versammlung der Berliner Fleischer wurde vom Referenten direkt zugegeben, daß eine Freigabe der Grenzen eine Verbilligung des Fleisches nicht zur Folge haben werde; hier handelt es sich doch um Leute, die sich in der Sache genau auskennen.

Außer den genannten gibt es noch eine ganze Anzahl anderer Ursachen. Auch der Zwischenhandel gehört dazu. Es ist, glaube ich, vorhin vom Abg. Sänger auf die Verkaufsstellen für Würstchen, Schinken und Fleisch hingewiesen worden. Auch die Warenhäuser beschäftigen sich mit diesem Verkauf. Es ist ein Zwischenhandel, und dieser Teil der Einnahme entgeht eben dem Fleischer, der deshalb genötigt ist, diesen Verlust in Form einer Erhöhung des Preises wieder auf das Fleisch zu schlagen.

Nun ist heute auch von Büchsenfleisch und Konserven gesprochen worden. Da ist nun allerdings infolge des neuen Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr verboten worden. Das Fleischbeschaugesetz wurde aber doch vorwiegend im Interesse der städtischen Konsumenten gemacht. (Widerspruch von Seiten des Abg. Eichhorn.) Aber natürlich, Herr Eichhorn und die Herren sind immer bei der Hand — das ist ja auch recht lobenswert — dafür einzutreten, daß die Gesundheit der Arbeiter bezüglich der Wohnräume, der Arbeitsräume und bezüglich der Kost gewahrt wird. Nun haben aber ganz eingehende Untersuchungen bezüglich dieses Büchsenfleisches

von Reichswegen stattgefunden und dabei haben sich höchst eigentümliche, höchst bedauerliche Dinge ergeben. Das Fleisch ist freilich außerordentlich billig über das Weltmeer, größtenteils aus Amerika herübergekommen, es hat sich aber bei der Untersuchung herausgestellt, daß dieses Fleisch direkt gesundheitschädlich sei, und da wurde die Einfuhr gerade im Interesse der Arbeiter verboten! Nicht etwa im Interesse der Landwirte!

Dann ist heute schon mit vollem Recht auf die Verhältnisse in den Städten hingewiesen worden, daß im Interesse der Stadtbewohner, der Konsumenten, sehr scharfe Maßregeln der Kontrolle, der Fleischschau nötig sind, und zwar Maßregeln, die große Kosten verursachen. Wir haben ja eine doppelte Fleischschau: die Beschau des lebenden und die Beschau des geschlachteten Tieres. Dann kommt das städtische Oktroi, dann die Fleischschafzise. Unsere Schlachthäuser sind mit allen möglichen Einrichtungen ausgestattet, elektrischem Betrieb, Hackmaschinen, Kühlzellen, u. das kostet schweres Geld. Zu 8—12 Proz. rentieren diese Schlachthäuser; daran sind doch wir Landwirte nicht schuld! Wir partizipieren doch nicht an diesen hohen Einnahmen. Ich hatte in den letzten Wochen mehrfach Sitzungen mit den Innungsvorständen der Metzgermeister der großen Städte, und deren Mitteilungen waren nun etwas anders als diejenigen, die uns der Herr Minister bezüglich der hohen Auslagen und Kosten gab. Ein Herr des Innungsvorstandes von Mannheim sprach mit mir darüber, und sein drastischer Ausdruck lautete: „Ehe wir das Messer blutig machen, kostet uns das Stück Großvieh einen Aufschlag von 25 M. an Fleischschafzise, Oktroi, Schlachthausgebühr usw.“ Ja, meine Herren, für ein Stück 25 M. ohne Arbeitslohn das ist doch schweres Geld! Dann die hohen Ladenmieten, die hohen Käuferpreise in der Stadt; ob nun das Haus dem Metzger gehört oder nicht: er muß eben mit dem Wert rechnen. Früher holten die Bürgerfrau und die Köchin ihr Fleisch in der Metzgerei; heute kommt ein Metzgerburich und schreibt auf, was bestellt wird und nachher kommt ein anderer und bringt das Fleisch ins Haus. Ebenfalls ein Mannheimer Metzger sagte mir: Er brauche zwei Burichen, die jeden Tag bis in die Mittagszeit hinein mit dem Austragen des Fleisches beschäftigt seien. Die Leute haben hohe Arbeitslöhne; wo muß das herauskommen — eben auch an dem Fleisch, das verkauft wird!

Eine weitere, und — obwohl der Herr Kollege Ged das nicht zugeben will — sehr erhebliche Ursache der Verteuerung ist der Zwischenhandel. Glauben Sie denn der Zwischenhändler kann umsonst oder um ganz billigen Gewinn arbeiten? Denken Sie nur an das große Risiko: Es handelt sich um lebende Tiere, die oft weit transportiert werden müssen, die oft nicht rasch verkauft werden können, da muß der Mann einen ganz erheblichen Prozentsatz an Gewinn von der Sache haben.

Bezüglich der Einfuhr hat der Herr Kollege Ged auch nicht alles Material durchgesehen. Die Einfuhr lebender Schweine ist mit Rücksicht auf die große Seuchengefahr allerdings verboten; es ist aber nicht verboten, Schweinefleisch einzuführen, und von dieser Freiheit wird doch ein recht erheblicher Gebrauch gemacht. Ich will auch da nicht mit vielen Zahlen operieren. Ich habe eine Masse statistisches Material da, aber das Vorleser ist langweilig für den Vorleser und die Zuhörer, ich will Sie also damit verschonen. Das Material steht aber jedem der Herren zur Verfügung; ich will deshalb nur ein paar Zahlen geben: Im ersten Halbjahr des Jahres 1905 wurde frisches Schweinefleisch eingeführt 25 300 Doppelzentner, gepökeltes Schweinefleisch 16 920 Doppelzentner, Schinken 7164 Doppelzentner, Schmalz 543 645 Doppelzentner — alles vom Ausland! Dann erklärt auch das offizielle Organ der Metzger, die

„Deutsche Fleischerzeitung“: „Es ist auch bei dem viel umstrittenen Begehren nach weiterer Öffnung der Grenzen wohl zu beachten, daß sowohl bei Einfuhr von lebendem Vieh und auch frisch geschlachtetem Vieh, wenn auch die Zufuhren bedeutende und den Markt beeinflussende sind, mit einem sehr fühlbaren Rückgang der Fleischpreise kaum zu rechnen sein dürfte.“ Das sagen Herren, die sich mit der Sache beschäftigen und dieselbe doch gewiß auch kennen.

Der Herr Kollege Ged hat nun die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft hinsichtlich der Lieferung des Schlachtviehs bezweifelt. Auch das ist nicht richtig. Es ist ein ganz bedeutendes Vorwärtstreben der Landwirte in der Viehzucht in ganz Deutschland zu verzeichnen. Es sind Untersuchungen gepflogen worden und da stellte sich heraus, daß der deutsche Rindvieh- und Schweinebestand schneller gewachsen ist als die Bevölkerungsziffer; nur der Schaafbestand ist zurückgegangen. Nach den vorliegenden Tabellen, hat das Schlachtgewicht des gesamten deutschen Viehbestandes von 1883 bis 1904 um 39 Millionen Zentner zugenommen. Es ist also ein ganz bedeutend höherer Gesamtbestand vorhanden als früher. Sodann, meine Herren, ist der Wert des deutschen Viehbestandes in 10 Jahren von 5½ Milliarden auf 8¼ Milliarden angewachsen, also eine Zunahme von 2¼ Milliarden. Das ist ein Stück nationalen Wohlstandes. Wenn wir sehr bedenklich sind, wenn wir uns sehr fürchten, die Grenzen schrankenlos zu öffnen, so liegt das gewiß in erster Reihe in unserem Interesse; aber glauben Sie, die Bewohner der Städte würden auch schwer geschädigt, wenn der Viehstand reduziert würde durch Seuchen, und aus diesen Gründen erklärt sich die energische Forderung der Landwirtschaft gegenüber Regierung und Parlament um Schutz vor Seuchengefahr. Der Landwirt, der sein Vieh durch Seuchen verliert, ist in der Regel ruiniert. Es ist schwer, in solchen Zeiten wieder gutes, leistungsfähiges Vieh zu bekommen. Da gilt für uns das Sprichwort: Eine gebührte Katze fürchtet auch das kalte Wasser. Wir haben da schon schlimme Erfahrungen gemacht. Vom Jahr 1895 bis 1900 war die Maul- und Klauenseuche bei uns sehr stark verbreitet. Es waren von ihr befallen 162 657 Gehöfte mit rund 1 885 774 Stück Rindvieh, 1 505 830 Schafe und 314 862 Stück Schweine. Meine Herren, diese Seuchen sind ertwiefermaßen vom Auslande heringeschleppt worden. Denken Sie diesen kolossalen Schaden, der die Landwirtschaft da getroffen hat und auch die Konsumenten in den Städten mit hineingezogen hat. Abgesehen von dem Umstehen des Viehs kann der Landwirt, wenn die Seuche ausgebrochen ist, nicht verkaufen, und in den Gegenden, wo die Felder mit Ochsen und Röhren bestellt werden, kann er diese Bestellung nicht vornehmen, weil die Sperre das verbietet. Ich gebe zu, daß nur strenge Maßregeln die Seuche eindämmen können, aber es ist ein Schaden von Millionen, der dadurch der Landwirtschaft zugefügt worden ist.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß mit Rücksicht auf die Unrentabilität des Getreidebaus und die Vermehrung der Industrie, die Vermehrung der Bevölkerung, die nicht Landwirtschaft treibt, immer und immer empfohlen worden ist, Viehzucht zu treiben, u. das ist auch geschehen. Es ist erfreulich, daß im Lande Baden, wie ich es schon hervorgehoben habe, die Viehzucht so gewachsen ist. Aber es wäre ein Irrtum, wenn man glauben wollte, alle die Gelder, die der Landwirt aus der Viehzucht bezieht, kämen aus anderen Taschen, der Tasche der Konsumenten. Das Rentabelste ist die Aufzucht von Zuchtvieh. Da werden Tausende bezahlt für rassenreine Zuchttiere. Wo sind aber dafür die Abnehmer? In den Städten? Nein, das sind die Landwirte selbst; da geht

das Geld von einem Landwirt zum anderen. Und wenn wir hohe Viehpreise haben, kommt es dem Landwirt sehr schwer an, in den Gegenden, wo man die Aufzucht nicht betreiben kann; er muß dann um einen viel höheren Preis die Zuchttiere kaufen. Die Städte sind Abnehmer des Schlachtviehs, der Milch und der Butter, aber der Hauptgewinn ist die Einnahme für das Zuchtvieh.

Zur Abhilfe dieser Teuerung werden alle möglichen Rezepte verschrieben. Das Hauptmittel, das genannt wird, ist immer die Doffnung der Grenze. Ich habe schon darauf hingewiesen, welche schwere Bedenken dagegen bestehen. Wenn uns eine Garantie geboten wird gegen die Einschleppung von Seuchen, haben wir gegen die Doffnung der Grenze nichts einzuwenden. Der Zweck, den wir verfolgten, war immer nur der Schutz der Viehbestände und nicht die künstliche Verteuerung des Fleisches. Dafür bin ich immer eingetreten.

Nun gibt es aber auch kleine Mittel. Ich glaube, wenn alle die kleinen Mittel gleichmäßig angewendet würden, müßten sie sich doch bemerkbar machen: z. B. Verbilligung der Gebühren und Abgaben. Von der Abschaffung der Fleischzölle kann im Augenblick keine Rede sein. Ich werde auch dafür eintreten, aber wir müssen warten, bis die Vermögenssteuer unter Dach und Fach ist. Dann sind die Vertreter der Städte in Karlsruhe und Berlin vorstellig geworden. Die Antwort ist ausgefallen, wie sie ausfallen mußte, daß momentan nichts geschehen könne. Ich halte mich nicht für berufen, die Maßnahmen der Städte zu beurteilen; aber mir kam der Gedanke, ob es nicht möglich wäre — wenn es richtig ist, welche große Abgaben in den Schlachthäusern und an städtischem Oktroi erhoben werden — zeitweise wenigstens, der Fleischnot dadurch entgegenzuwirken, daß man die Gebühren vorübergehend aufheben würde.

Nun hat der Herr Kollege Geck sich von der Einschränkung des Zwischenhandels nicht viel versprochen. Er meint, man kämpfe da gegen einen ganzen Stand. Meine Herren, von der Aufhebung des Zwischenhandels kann keine Rede sein, wohl aber von der Einschränkung. Es wird da viel getrieben, was die Landwirte recht schwer schädigt. Ich will an der Hand einer zuverlässigen Tabelle nur einige Zahlen mitteilen dafür, daß die Viehhändler die Viehkonjunktur ausnützen und die Preise in die Höhe treiben. Die Hauptklage der Innungsmeister war die, daß der Zwischenhandel ihnen recht teures Vieh anbiete und immer schon da gewesen sei, wenn sie kommen und kaufen wollen. Der Aufschlag zwischen dem Preis der Tiere auf dem Markt und dem Preis des Händlers für den Metzger beträgt gewöhnlich 6 M. pro Zentner. Das ist nicht übermäßig, denn auch der Zwischenhändler muß etwas verdienen. Aber sobald die Preise hoch sind, geht auch der Aufschlag der Zwischenhändler in die Höhe. 1898 betrug er 12,6 M., 1902 13 M. und 1905 13—15 M. pro Zentner. Das sind ganz horrende Summen, die der Konsument bezahlen muß, und die ebenfalls nicht in die Tasche des Landwirts kommen. Die gleichen Befürchtungen und Bedenken bezüglich des Zwischenhandels wie sie in Baden vorliegen, haben die Magistrate der ober-schlesischen Städte in einer Eingabe an den Reichskanzler bezüglich der Fleischnot hervorgehoben. Da kommt die Bemerkung vor: „Die Händler, die die russischen Schweine importieren, bilden einen Ring zur Hochhaltung der Preise, sobald der billigere Einkauf in Rußland nicht den Konsumenten, sondern nur diesen Händlern zugute kommt.“ Des weiteren wird den Herren bekannt sein, daß in München die Direktion des Viehhofs gegen die Viehhändler vorgehen mußte, weil sie das von ihnen importierte Vieh einsperrten, um die Preise in die Höhe zu treiben. Das sind Auswüchse, die wir bekämpfen

müssen. (Abg. Eichhorn: Das tun wir auch!) Ich habe aber heute wenig davon gehört, immer war nur von den Agrariern die Rede.

Nun kann jeder nur da mithelfen, wo er etwas leisten kann, und da haben wir im badischen Bauernverein uns entschlossen von uns aus mitzuwirken, daß die ganz bedenkliche Fleischsteuerung, unter der die mittleren und kleineren Leute in den Städten, auch die Beamten, im Lande schwer leiden, beseitigt wird. Wir können nicht auf die Doffnung der Grenzen einwirken wegen der Gefahr der Viehseucheneinschleppung, wir wollen, daß der Verkauf des Schlachtviehs genossenschaftlich organisiert wird. Wir erließen eine Einladung an die Innungsmeister der Metzger aller bad. Städte. Ich habe mit zwei Herren des Vorstandes von unserem Verein mehrfach eingehende Besprechungen mit ihnen gehabt. Ich hoffe, daß dieser Weg ein guter ist, auch Erfolg hat, weil ja auch die Regierung in ähnlicher Weise vorgehen wird. Wir hatten nun mit den Herren von Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden und Freiburg — weitere Innungen sind leider noch nicht vorhanden — eine Vereinbarung abgeschlossen, daß ein direkter Verkehr zwischen Landwirt und Metzger eintreten soll. Die Verhältnisse sind für den Fleischer nicht so glatt, es kann nicht jeder selber von Ort zu Ort fahren, um Vieh zu kaufen, er kann nicht jeden Tag sein Geschäft verlassen. Die Verkäufer sind meist kleine Landwirte. Wir haben darum die Einrichtung getroffen — die am 1. Februar d. Js. in Kraft treten soll — daß jeder Vorstand von uns eine Anzahl vorgebrucker Karten für alle Mitglieder erhält, auf welchen die letzteren dem Vorstand dann mitteilen sollen, daß sie so und so viel Stück Vieh von den und den Gattungen zu verkaufen hätten. Der Vorstand schickt dann diese Karten dem Innungsmeister und dieser teilt sie den Metzgern mit, welche dann herkommen und mit einer bestimmten Lieferungsfrist kaufen können. Der betr. Landwirt ist fünf Tage an sein Gebot gebunden.

Es handelt sich nun bei dieser Vereinigung um eine große Anzahl von Leuten, nämlich um sämtliche Innungsmeister und dann um 57 000 Landwirte, die in fast 900 Gemeinden des Landes verteilt sind. Also etwas Gutes kann da sicher erreicht werden. Das, was vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus getan werden konnte, ist geschehen. An gutem Willen fehlt's nicht. Es hat keinen guten Eindruck auf mich gemacht, daß der Herr Abg. Geck sagte, wir wollten Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben, und daß es Leute giebt, die Freude an diesen Zuständen haben. Was über den Herrn Finanzminister Buchenberger und über die Handelsverträge gesprochen wurde, ist nicht zutreffend. Auch ich hatte Gelegenheit, mit dem Herrn Finanzminister bei der Beratung über den Zolltarif in Berlin zu sprechen. Ich glaube, daß es nötig war und das wurde auch bei der Besprechung der Zolltarifverhandlungen im badischen Landtag ausgeführt, daß wir den nötigen Schutz für die Landwirtschaft haben sollen, um leistungsfähig für die Zukunft zu sein. Die neuen Handelsverträge kann man doch heute nicht in Beziehung bringen zu den Fleisch- und Viehpreisen, denn erstere treten ja erst in Kraft am 1. März d. J.

Dann hat es mich verwundert, daß der Herr Abg. Geck zurückkam auf Verhandlungen im Reichstag; ich habe jene Obstruktion auch erlebt, und wenn mich etwas freut, so ist es das, daß es bei jenem einmaligen Versuch der Obstruktion seitens der Sozialdemokraten geblieben ist, sie das Experiment nicht wiederholt haben. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube nicht, daß man Anlaß hat, rühmend von derselben zu sprechen. (Sehr richtig!) Ich verstehe nicht, wie der Herr Abg. Geck von dem pochenden Gewissen des Herrn Abg. Fehrenbach sprechen konnte, überlassen Sie doch diese Dinge uns.

Nun die Kaiserfeier. Es ist von Herrn Gec gesagt worden, daß 90 Prozent da nicht mittun können. Das ist nicht richtig. Alle die mittun wollen, können es auch, und der größte Teil derjenigen, die mittun, sind kleine Leute. Sie sprechen wahrscheinlich von den Bewohnern der Städte, da machen wohl die Eurigen nicht mit. Anders ist es bei uns auf dem Lande. Da wird allerdings kein Sekt getrunken, da begnügt man sich mit einfachem Bier oder Wein. (Ruf: Rußbachwasser!) Nein das überlassen wir Ihnen. Aber richtig ist, daß die große Mehrzahl der Landbewohner an der Kaiserfeier mitmacht. Man kann auch patriotische Feste feiern, ohne teure Flüssigkeiten zu verbrauchen.

Ich möchte nur damit schließen, daß ich hoffe, daß diese ungemäßliche Agitation gegen die Fleischsteuerung, die in Scene gesetzt worden ist, bald verschwinden werde. Tatsache ist, daß bereits eine gewisse Abflauung eingetreten ist, die Bogen gehen nicht mehr so hoch, wie bei der Besprechung im Reichstag. Ich kann nur wünschen, daß der Riß sich nicht vergrößern wird, denn beide Teile, Stadt und Land sind auf einander angewiesen. Das was wir für uns getan haben, das ist auch geschehen im Interesse der ganzen Bevölkerung, denn die ist doch bezüglich der Ernährung zum größten Teil abhängig von der deutschen Landwirtschaft und nicht von der des Auslandes.

Abg. Leiser: Auch ich stehe auf dem Standpunkt der beiden Herren Vorredner, und stimme ihnen zu, daß die Fleischsteuerung nicht die Folge einer agrarischen Bewegung ist. Daß das Fleisch für die städtischen Konsumenten, namentlich für die Arbeiter teuer ist, muß unumwunden zugegeben werden. Daß aber eine Fleischnot vorhanden ist, kann ich nicht zugeben. Ich kann aber auch die Behauptung aufstellen, daß nach den jetzigen Schlachtviehpreisen die Viehzüchter, die Landwirte, noch lange keine reichen Leute werden. So gern ich es sehe, wenn die arbeitenden Klassen, namentlich die städtischen Arbeiter ihre Lebensmittel sich auf billigere Weise verschaffen können, so muß ich aber auch als Vertreter eines ländlichen Wahlkreises dem Wunsche Ausdruck geben, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung, meine Berufsgenossen, nicht umsonst arbeiten. Aber trotz der hohen Fleischpreise ist der Verdienst keineswegs ein großer, dies will ich an einer kleinen Rechnung zu beweisen suchen, aber ich will mich ganz kurz fassen. Ich will insbesondere auch nur auf die Schweinehaltung eingehen, weil das Schweinefleisch im Preise am höchsten steht, und weil in meinem Wahlkreise vorherrschend Schweinemast getrieben wird. Ein Schwein von 1 Str. Lebendgewicht nimmt pro Tag bei entsprechender Fütterung um etwa 1 Pfund zu; zu dessen rationeller Ernährung gebrauchen wir etwa 6 Pfund gedämpfte Kartoffeln; das Pfund zu 2 Pfg. gerechnet, ergibt 12 Pfg., wir brauchen ferner 3 Liter Magermilch zu 4 Pfg.; das macht wieder 12 Pfg.; und wir brauchen 2 Pfund Gerstenschrot, à 8 Pfg., das macht 16 Pfg., gibt zusammen 44 Pfg. Nun sind wir aber recht froh, wenn wir unser Mastschwein pro Pfund Lebendgewicht mit 50 Pfg. verkaufen können, und wir hätten somit pro Tag und Schwein einen brutto Verdienst von 10 Pfg. Davon kommt aber noch manches in Abrechnung. Zunächst nimmt die Wartung und Pflege ziemlich viel Zeit in Anspruch, das Futter muß zubereitet werden, und dessen Verabreichung an die Tiere erfordert viele Gänge an die Schweinefäße, wir brauchen Streumaterial, müssen die Verzinsung des Anlagekapitals und der Stalleinrichtungen rechnen, außerdem haben wir ein nicht geringes Risiko: Es kommt, wie bereits hervorgehoben worden, nicht selten vor, daß viele Tiere durch rasch verlaufende Krankheiten, Schweinefäule, Rot-

lauf und so weiter, zugrunde gehen können, und wenn wir das alles zusammenrechnen, so dürfen wir wohl die Kosten für die Haltung eines Schweines pro Tag mit 50 Pfg. annehmen. Die angegebene Futtermittelration ist aber der niedrigste Satz. Es wird vielfach noch mehr gegeben. Es wird auch nicht gerade das verwendet, was ich genannt habe, auch andere Kraftfuttermittel werden verabreicht, so z. B. Kleie oder Maischrot und dergleichen. Aber eine höhere Gewichtszunahme ist wohl kaum zu erzielen als ein Pfund. Ich wiederhole nochmals, daß wir recht wohl zufrieden sind, wenn wir per Pfund lebend Gewicht 50 Pfg. erzielen. Ich kann aber auch behaupten, daß die Preise in früheren Jahren nicht dem entsprochen haben. Es sind noch keine drei Jahre zurück, da mußten wir zu 32 und 35 Pfg. pro Pfund lebend Gewicht verkaufen, und da frage ich: Wo bleibt denn da der Verdienst? Da können wir nicht einmal auf unsere Produktionskosten kommen! Den Zwischenhandel können wir wohl nicht ganz entbehren, weder auf dem flachen Lande, noch in den Städten; in letzteren ist es dem einzelnen Metzger nicht leicht, hinauszugehen und sich die Tiere selbst zu kaufen. In meiner Gegend besteht z. B. die Übung, daß die Großhändler kommen. Sie kaufen die Tiere, hauptsächlich die Schweine, zusammen, oder lassen sie durch einen Unterhändler aufkaufen. Dieser Großhändler liefert oft in einer Woche 50 bis 100 Schweine in die Städte. Dadurch kommen die Kosten nicht so hoch, als wenn der Metzger hinausginge und würde sich die einzelnen Tiere selbst kaufen. Auch sind mir noch wenige Fälle bekannt geworden, daß die Zwischenhändler große Reichtümer erworben haben.

Die anderen Faktoren, die auf die Höhe der Fleischpreise Einfluß haben, sind ja bereits von anderer Seite erwähnt worden. Ich will nochmals bemerken, daß es nur wünschenswert ist, wenn die Mittelklasse, namentlich die städtischen Arbeiter, ihre Lebensmittel zu billigen Preisen erwerben können. Ich will aber auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß die städtische Bevölkerung, die der Ländlichen so viele Annehmlichkeiten voraus hat, dem so schwer um seine Existenz ringenden Bauernstand, der nur durch harte schwere Arbeit und nur bei einfacher anspruchsloser Lebensweise vorwärts kommen kann, einen kleinen Verdienst nicht mißgönnen möge. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Abg. Neuwirth: Die Frage der Fleischsteuerung — auch ich muß bestreiten, daß eine eigentliche Fleischnot vorhanden ist — ist von dem Herrn Berichterstatter einseitig behandelt worden, und zwar insofern einseitig, als er sich auf den Standpunkt der Konsumenten stellte und die Produzenten zu wenig in seinen Ausführungen berücksichtigte. Aus den Ausführungen der in der Kammer vorhandenen Agrarier, die Sie bisher gehört haben, geht doch hervor, daß wir nicht zu denjenigen Agrariern gehören, die eine einseitige Interessenpolitik treiben, sondern daß wir das allgemeine Interesse im Auge haben. Wir sind uns bewußt, daß wir, wenn wir Schutz verlangen wollen für unsern Körnerbau und unsere Fleischproduktion, auch Pflichten zu übernehmen haben, die darin bestehen, daß wir unseren Betrieb im allgemeinen darnach einrichten, daß wir den Anforderungen, die man an uns Produzenten stellt, auch einigermaßen gewachsen sind. Es ist dies nach meiner Ansicht ein wichtiger Faktor. Ich muß zugeben, daß die Statistik bezüglich unserer Produktion kein erfreuliches Bild gegeben hat. Wenn wir zurückgehen in die 70er Jahre, wo unser Deutsches Reich etwa 40 Millionen Einwohner hatte, und berücksichtigen, daß wir heute 60 Millionen Einwohnern zählen und einen Vergleich ziehen bezüglich der Zunahme unserer Viehzucht, so steht letztere

in keinem Verhältnis zu der Bevölkerungszunahme; im Gegenteil, sie ist im Rückgang begriffen.

Was ist die Ursache für diese Erscheinung? Sie werden zugeben, daß, wenn wir von einem Bauern verlangen, daß er Vieh züchten soll, er sich nur auf das Gebiet wirft, was für ihn rentabel ist. Er ist seinen Verhältnissen schuldig, daß, wenn er rationell wirtschaften soll, er auch in der Weise finanziell vorwärts kommen muß. Die Viehzucht war, das werden Sie alle zugeben, in den 70er und 80er Jahren nicht rentabel. Die Folge davon war, daß sie gerade in diesen Jahren nicht fortgeschritten ist, wo sie hätte fortschreiten sollen. Ebenso war es mit der Milchproduktion. Damit ist auch kein wesentlicher Fortschritt erzielt worden.

Die Seuchen, mit denen wir stets zu kämpfen haben, sind ja schon von meinem Herrn Vorredner in ausgiebigem Maße behandelt worden. Die Maul- und Klauenseuche war zu jederzeit ein Schreckgespenst, das unseren Viehzüchtern schwere Schädigungen gebracht hat. Es sind dies lauter Seuchen gewesen, die durchweg nicht bei uns ihren Ursprung hatten, sondern die von allen Himmelsgegenden vom Auslande eingeschleppt worden sind.

Und wie war es mit der Schweinezucht? Auch der Bezug von ausländischen Schweinen hat die nachteiligen Folgen gehabt, daß Seuchen, die wir früher nie gekannt haben, hereingebracht wurden: Rotlauf, Milzbrand und andere. Im Kreise Seidelberg weiß ich, daß in den 70er, 80er Jahren ein Eingehen der Schweine in einer Weise eingetreten ist, daß es für die Schweinezüchter nicht mehr möglich war, in heißen Sommermonaten überhaupt noch Schweine zu halten. Man hat sich im Kreise Seidelberg in der Weise eingerichtet, daß man im Frühjahr vollständig ausverkauft hat und im Spätjahr den nötigen Bedarf wieder ankauft, aber nur so viel, wie man zum eigenen Haushalt nötig gehabt hat. Die Schweinezucht ist bereits 20, 30 Jahre bei uns ein vollständiger Nebenbetrieb gewesen, anstatt daß sie den Hauptfaktor in unseren Einnahmen repräsentiert. Das sind Verhältnisse, die uns in unserem Bestreben, in unserer Landwirtschaft vorwärts zu kommen, schwer beeinträchtigt haben und die auch wesentliche Faktoren sind, warum unsere Viehzucht nicht in der Weise vorgegangen ist, wie sie eigentlich hätte vorgehen sollen.

Man hat bezüglich der hohen Fleischpreise im allgemeinen den Zwischenhandel als solchen als wesentlichen Faktor bezeichnet. Man hört die Redensart im allgemeinen: man würde dem Bauern recht gern gönnen, daß er mehr für sein Vieh erhält, wenn es nur auch in seine Hand käme. Der Zwischenhandel trägt, wie ich zugebe, zu den hohen Preisen allerdings bei. Aber er läßt sich, wie Sie schon gehört haben, nicht ganz verdrängen; er läßt sich im höchsten Falle einschränken.

Eines, was den Fleischbetrieb anbelangt, muß doch heute erwähnt werden. Wenn wir beispielsweise in Karlsruhe und Mannheim, in unseren großen Städten von dem Fleischbetrieb hören, so finden wir, daß gerade die Konkurrenz der Metzger es gegenseitig so weit gebracht hat, daß das Fleisch im kleinsten Quantum vom ersten bis zum vierten Stod jeden Tag getragen werden muß, und wenn man die Zahl der Metzgerburschen in Betracht zieht, die den ganzen Tag beschäftigt sind, so sind das Faktoren, die wesentlich zur Verteuerung der Preise beitragen. Ich habe nichts dagegen, wenn es dem Publikum bequem gemacht wird, aber auf unser Konto darf das nicht geschrieben werden.

Ich bin auch überzeugt, wenn, wie es früher war, das Fleisch im Laden ausgehauen werden könnte, so würde eine wesentliche Verbilligung im Fleischpreis eintreten.

Es liegt, wie ich schon erwähnte, im Interesse der Fleischproduzenten, es liegt aber auch im Interesse der Konsumenten, daß wir in dieser Frage zusammenwirken, daß wir uns nicht gegenseitig bekämpfen. Nur so kann die Fleischproduktion gehoben werden.

Unter dem heutigen gesetzlichen Schutz hat sich erwiesen, daß gerade in den letzten Jahren wir unsere Viehzucht wieder in ruhigerer Weise betreiben konnten. Die Maul- und Klauenseuche ist seit vier Jahren nicht mehr aufgetreten, ebenso hat bezüglich Verhinderung der Schweineseuche unsere Regierung — das muß man lobend anerkennen — ihre Schuldigkeit getan. Schon heute ist, das werden Sie mir zugeben, ein Rückgang in den Preisen eingetreten und die Viehmärkte in Mannheim sind in den letzten Wochen überfüllt gewesen. Es ist wohl sicher anzunehmen, daß sie sich in kurzer Zeit wieder in normalen Verhältnissen bewegen werden.

Ein Artikel des „Landesboten“, auf den der Herr Kollege Schüler schon hingewiesen hat, gibt auch mir Veranlassung zu einigen Worten. Der Artikel lautet:

„Der Landwirtschaftsrat hat sich gestern mit der Fleischnot beschäftigt und finden unsere Leser an anderer Stelle einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen, die von neuem dargelegt, daß auch der Badische Landwirtschaftsrat bis auf die Knochen agrarisch ist. In der Denkschrift der Regierung über die Fleischversorgung ist an der Hand der Erhebungen nachgewiesen, daß zum Beispiel eine Verteuerung des Schweinefleisches bis zu 20 Proz. eingetreten ist, und die „ungewöhnliche Preissteigerung von der städtischen Bevölkerung der unteren und mittleren Schichten schwer empfunden werde“, es ist nachgewiesen, daß der Konsum des Pferdefleisches eine ungewöhnliche Steigerung erfahren hat; das stört den Abg. Neuwirth aus Sinsheim, der ja Mitglied der Zweiten Kammer ist, keinen Augenblick, zu erklären, daß eine Fleischnot nicht vorhanden, daß die Fleischpreise nicht zu hoch und den Verhältnissen angemessen seien. Und dann kommt derselbe Abg. Neuwirth und erjudt die Regierung, keine Maßnahmen zu treffen, die ein Zurückgehen der Preise bewirken könnten. Dann sind uns die Ostelbier schon lieber; diese Herren vom reinen Agrarierturn machen wenigstens auch aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Der Verbollständigung wegen teilen wir noch mit, daß der Zentrumsabgeordnete Schüler in dasselbe Horn blies; nun, wir denken, daß bei der Interpellation über die Fleischnot den Herren über die allgemeine Volkswohlthat ein Vers in das Stammbuch geschrieben wird.“

Ich kann auf diese Ausführungen nur erwidern, daß im Landwirtschaftsrat allerdings die größte Mehrzahl der Mitglieder bis auf die Knochen agrarisch ist, und sie haben im gewissen Sinne auch das Recht, agrarisch zu sein, gerade so gut wie ich annehme, daß die demokratische Partei bis auf die Knochen demokratisch und die sozialdemokratische Partei bis auf die Knochen sozialdemokratisch ist. Wenn wir einen Landwirtschaftsrat bekommen, so werden jedenfalls nur Mitglieder gewählt, die ebenfalls agrarisch sind. Wo sollen wir denn die Agrarier suchen? Vielleicht in der Handelskammer, in der Gewerbekammer? Dort würden wir keine finden.

Zur Richtigstellung bezüglich des Artikels möchte ich aber weiter noch bemerken, daß meine Mahnungen und Bitten an den Minister im Landwirtschaftsrat nicht dahin gingen, dafür einzutreten, daß die Fleischpreise nicht zurückgehen; im Gegenteil, ich habe die Bitte an den Herrn Minister gerichtet, daß bezüglich unseres Seuchenschutzgesetzes in der Vieheinfuhr keine Maßregel getroffen wird, die zur Folge hat, daß die Fleischpreise unter die Produktionskosten kommen, und

darin werden Sie, davon bin ich fest überzeugt, auch mit mir einig sein. Ich erachte es für ein Unglück für unser Deutsches Reich, wenn die Fleischpreise unter die Produktionskosten kämen. Das würde sich gerade im Kriegs-falle empfindlich fühlbar machen.

Ich wiederhole nochmals, daß es uns fern liegt, einseitige Interessen zu verfolgen, und daß unser Prinzip dahin geht, daß unsere Viehzucht hauptsächlich unsere Schweinezucht wieder in der Weise gehoben werden soll, daß wir den Anforderungen einigermaßen gewachsen sind. (Bravo!)

Der Präsident teilt hierauf mit, daß von mehreren Seiten der Wunsch auf Vertagung ausgesprochen worden sei.

Der Präsident teilt ferner mit, die inzwischen eingekommene Interpellation der Abgg. Obkircher, Benedey, Eichhorn, Blämmel und Gen. mit folgendem Wortlaut:

1. In welcher Weise hat die Großh. Regierung dem in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 16. Juli 1904 mit allen gegen eine Stimme, bezw. einstimmig beschlossenen Ersuchen um Anstellung einer Untersuchung und Ausarbeitung einer Denkschrift in Betreff der Benützung der Rheinwasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität entsprochen und wann gedenkt sie dem Landtage die von diesem nachgesuchte Mitteilung über die weiteren Absichten auf diesem Gebiet zugehen zu lassen?

2. Welche Konzessionen sind seit dem genannten Tag vergeben worden, in welcher Weise ist dabei dem Interesse

der Gemeinden und der am Rhein angelegenen Industrie an dem gesicherten Bezuge der Elektrizität zu angemessenem Preise Rechnung getragen und der Gefahr der Monopolisierung vorgebeugt?

3. Können bei der Laufenburger Kraftanlage die Vorschläge des Herrn Dr. Eduard Kocher-Freuler in Bezug auf die Ersetzung der Bauanlage im Strombett durch eine Anlage mit Kanal berücksichtigt, und kann also die Naturschönheit der Stromschnelle bei Ausführung der Kraftanlage wenigstens im wesentlichen erhalten werden?

4. Welche Anträge um Vergebung weiterer Konzessionen liegen zur Zeit noch vor, wie wird den beteiligten Gemeinden und Industriellen Gelegenheit gegeben werden, ihr Interesse an dem gesicherten Bezuge der Elektrizität zu angemessenem Preise geltend zu machen?

Das Haus vertagt sich hierauf, nachdem der Präsident im Einvernehmen mit dem Haus die Tagesordnung für die nächste Sitzung festgesetzt hatte.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 20 Minuten.

* Karlsruhe, 26. Jan. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 29. Januar 1906, nachmittags 1/5 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Fortsetzung der Besprechung der Interpellation der Abgg. Bedtold und Genossen, die Fleischsteuerung betreffend — Drucksache Nr. 21 —.